

# Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes  
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: A. Heutmann in Düsseldorf 51,  
Corneliusstr. 66. Berichte, keine Beiträge u. sind  
ganzjährig an den betr. Bezirksvorsitzenden einzusenden.  
Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei  
der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein. A

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden  
Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post  
bezogen 3.— Mk. Expedition und Druck von  
Joh. van den Kerkhof, Luth. Kirchstr. 66.  
Fernsprech-Nr. 1368. VERBAND

Nr. 42. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 16. Oktober 1909. Fernsprech-Nummer 4423. 11. Jahrgang.

## Inhaltsverzeichnis.

**Ich will!** — Artikel: Eine ungewollte Wirkung. — Die christlichen Gewerkschaften und die politischen Vorgänge der jüngsten Zeit. — Haushaltungsbudgets. — Statistik über die Tätigkeit der Gewerbevereine im Jahre 1908. — Feuilleton: Berufsfragen für die Frauen. — Aus dem Verbandsgebiete: Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten: Hannover-Linden. — Aus dem Wuppertale. — Aus unsern Bezirken: Bezirk Barmen. — Bezirk M.-Gl. — Bezirk Krefeld. — Berichte aus den Ortsgruppen: Dahlenhausen (Wupper). — Graiz. — Schaag. — Schiffel. — Willich. — Aus unserer Industrie: Vom internationalen Baumwollmarkt. — Das Baumwolljahr 1908/09. — Gewerkschaftliches: Aus unsern Verbänden: Arbeiter und Student. — Der christliche Schuh- und Lederarbeiterverband. — Aus gegnerischen Organisationen: Ein nahezu ungläubliches Vorwissen. — Was der „Genossen“ Presse nicht alles passieren kann. — Aus Arbeitgebern: Keine Lohnreduktion, aber auch keine Lohnhöhung. — Aus der ausländischen Arbeiterbewegung: Es geht voran in Italien. — Allgemeine Rundschau: Allgemeines: Eine gesetzliche Regelung des Prämiensystems. — Versammlungs-Kalender. — Literarisches.

## Ich will!

Ich will, weil ich soll! — Ich will, weil ich kann!  
Du herrliches Siegerwort!  
Da ist jeder Boll ein König, ein Mann.  
Du festes, du eisernes Wort!

Ich will! — Es erbebt der Mensch bis ins Mark  
Bei dem Klang, der allmächtig uns naht.  
Ich will! — Es befehlt, macht fehnig, macht stark,  
Befähigt zu rühmlicher Tat.

Ich will! — Dann hinweg jeder Hindernisstein.  
Ich will! — Welch gigantische Brück!  
Und stürzte der Weg, fiel der Himmel mir ein,  
Ich will! und es gibt kein Zurück.

So laßt uns gehn auf dem Pfade, erfaßt.  
Daß steuern uns mutig voran.  
Als Mauer wir stehn! Ob eine Welt uns haßt.  
Ich will, weil ich soll, weil ich — kann.  
Siegwart Christ.

## Eine ungewollte Wirkung

Hat für die Zeitung des Verbandes „deutscher“ Textilarbeiter die gegen unsere Organisation ins Werk gesetzte Hege bisher gezeigt. Abgesehen von es auf eine Schwächung des christlichen Textilarbeiterverbandes und namentlich auf ein Untergraben des Ansehens und Vertrauens, das unser Zentralvorsitzender Schiffer überall in Mitgliederkreisen genießt. Gerade das Gegenteil hat die Hege bewirkt. Selbst in bezug ihrer Wirkung auf den eigenen Verband hat sich der rote Hauptverband ganz gründlich verrechnet. So hat sich dieser mal wieder als ein sehr schlechter Taktiker erwiesen. Erst recht hat die Redaktion des „Textilarbeiters“ bei dieser Gelegenheit einen neuen trefflichen Beweis ihrer großen Tadelhaftigkeit und Tollpatschigkeit erbracht.

Die rote Verbandsleitung und die Redaktion haben durch ihr Vorgehen offenbart, daß sie von den Erfahrungen, die man bisher aus den Kämpfen der Arbeiter untereinander sammeln konnte, ziemlich unberührt geblieben sind. Auch scheinen sie von den Faktoren, die in der christlichen Textilarbeiterbewegung wirksam sind, keine blasse Ahnung zu haben. An die christlichen Gewerkschaften und speziell an unsern Verband haben sich schon ganz andere Leute versucht als wie die Ungläubigen vom „freien“ Textilarbeiterverband. Schon bessere Strategen sind im Kampfe gegen die christlichen Gewerkschaften die raffiniertesten Pläne zu schanden geworden. Daß da das unjüdische, mit den Interessen der Textilarbeiterschaft leichtfertig und unverantwortlich spielende Vorgehen der Zeitung des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes für diesen ganz kläglich verlaufen würde, war für uns von vornherein klar. Der Felzug hat für die rote Zeitung einen so unglücklichen Verlauf genommen, daß es ihr nach einem zweiten nicht mehr gelassen wird.

Die Hege hat unsere Mitglieder auf der ganzen Linie aufgeweckt und lebendig gemacht. Die durch die Ungunst der Verhältnisse hier und da eingetretene gedrückte Stimmung ist gründlich verschoben worden und hat einer regen Agitationslust und einem freudigen Arbeitseifer Platz gemacht. Daß durch Hebung Wärme entsteht, haben wir bei dieser Gelegenheit in unserem Verbandspraktikum erfahren müssen. Auch dem trüglichen und einseitigen Mitglieder sind durch den geplanten Vernichtungskampf aber das unverantwortliche Treiben der roten Zeitung die Augen aufgegangen. Es hat den Kampf freudig mit aufgenommen. Verschiedene Ortsgruppen, in denen die Hege besonders schief war, melden uns, daß sie lange nicht mehr so gute Versammlungen gehabt hätten und die Stimmung in denselben lange nicht mehr so gut gewesen sei. Ramentlich gilt das von solchen Versammlungen, in denen Kollege Schiffer als Redner auftrat. Der „Textilarbeiter“ schrieb kürzlich einmal, wenn sich

Schiffer unter den Textilarbeitern sehen ließe, würde er ausgepfiffen werden. Wir haben aber das dumme Geschreibsel herzlich gelacht. Zu keiner Zeit ist das Vertrauen und die Anhänglichkeit unserer Mitglieder zu ihrem Vorsitzenden so klar und in so schöner Weise zum Ausdruck gekommen, als bei dieser Gelegenheit. Für viele Versammlungen machten die „Genossen“ durch Flugblattverteilung usw. die Agitation und die notwendige Stimmung. Je schärfer die Gegenagitation von Seiten der Genossen betrieben wurde, um so mehr war die christliche Arbeiterschaft aufgereizt und um so entschiedener war in der Versammlung der Protest gegen die Hege.

So hat der Vorstand des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes die Bedingungen geschaffen, die für eine erfolgreiche Agitation für unsern Verband vorhanden sein müssen. Tatsächlich ist die Mitgliederzunahme in unserer Organisation in den letzten Wochen ganz erheblich gestiegen. Vor allem aber wollen wir feststellen, daß aus unserem Verbands keine zwei Dutzend Leute aus Anlaß der Hege austraten. Demgegenüber steht eine ganz erhebliche Anzahl Uebertritte aus dem „deutschen“ zu unserem Verbande. Auch sind viele Leute aus Anlaß der Hege aus dem „deutschen“ Verbands ausgetreten und unorganisiert geblieben.

Ueberhaupt hat die Hege an verschiedenen Vorlesungen gezeigt, daß die Mitglieder der sozialdemokratischen Textilarbeiterorganisation ganz anders über Arbeiterinteressenvertretung und über Arbeiterkollektarität denken als ihre Führer. An vielen Orten haben die sozialdemokratischen Mitglieder die Hege einfach verweigert. Sie wollten sich nicht auf ihre christlichen Arbeitsgenossen treiben lassen wie eine Meute auf ein Stück Weid.

Ganze Stöße von Zeitungen und Flugblättern sind unbenutzt liegen geblieben. Manchmal ist das Hegematerial nicht einmal von der Post abgeholt worden.

In Bocholt passierte folgendes: Zur Besprechung einer Lohnforderung war die Belegschaft zu einer Fabrikversammlung zusammengekommen. Vertreter beider Verbände waren anwesend. Der rote Vertreter suchte sein Geschrei zu tunmeln, weil er zur sachgemäßen Beurteilung der vorliegenden Fragen unfähig war. Seine Leute warfen ihm erst gültige Mitleid zu. Als der Mann das nicht verfehlte, rief ein sozialdemokratisches Mitglied während: „Wilhelm, halt Maul!“ Nach der Versammlung wurde Wilhelm noch gehörig zugeföhrt wegen seiner Hezerei und die weitere Folge war, daß die betr. Arbeiter aus dem „deutschen“ Verbands als Mitglieder auswichen. — In Cronau waren zu einer Versammlung auch 15—20 sozialdemokratische Textilarbeiter erschienen. Bei der Abstimmung über eine Resolution, worin die Versammlung ihren Protest gegen die Hege und die anwesenden Mitglieder des Verbandes „deutscher“ Textilarbeiter ihre Unzufriedenheit über das Vorgehen ihres Hauptvorstandes ausdrückten, wurde mit allen gegen zwei Stimmen angenommen, also fast sämtliche anwesende Mitglieder des „deutschen“ Verbandes stimmten in den Protest mit ein. Kechnliche Dinge konnten wir aus fast allen Verbandsbezirken berichten.

Durch die Hege suchte die rote Zeitung ihre Leute über die eigene Verbandsmühsere hinwegzutäuschen, geriet dabei aber immer tiefer in den Sumpf. Wir haben mit rüchlichloser Offenheit der roten Zeitung den Spiegel und die bankrotten Verhältnisse ihrer Organisation vorgehalten. Dabei hat sich dann herausgestellt, daß im „deutschen“ Verbands geradezu schandhafte Zustände herrschen: einen Gesamtaustritt Mitglieder in 1 1/2 Jahren von rund 85 000; eine leere Kasse und dabei viele unglückliche Streitigkeiten; die seitens der Zeitung des Verbandes gemachten Angaben über die Leistungen an Streit- und Maßregelungsunterstützung sind unrichtig. Diese Dinge sind heute in der Textilarbeiterschaft all gemein bekannt und haben dem „deutschen“ Verbands ungemessen viel an Ansehen und Vertrauen genommen. Die eigenen Mitglieder sind empört. So hat sich die rote Zeitung durch die Hege selber heraufbeschworen, bis sie nicht zu bannen vermag und die in einer für sie wenig angenehmen Weise noch lange Zeit ihr Wesen treiben werden. Das ist die Frucht der bösen Tat.

Wollten wir zum Schluß die Wirkung der Hege noch einmal mit kurzen Strichen zeichnen, so mühten wir sagen: Die Hege hat unsere Mitglieder aufgeweckt und zu reger Agitationsarbeit angefeuert, sie hat Führer und Mitglieder näher zusammengeführt und im allgemeinen gezeigt, daß die christlich organisierte Textilarbeiterschaft eine kampfbereite, prinzipienfeste und aberzeugungstreue Arbeiterschaft darstellt. Die christliche Textilarbeiterbewegung ist verankert in der Entschlossenheit, Treue und Prinzipienfestigkeit ihrer Anhänger. Darum mögen sie alle nur herankommen, die zahlreichen Gegner!

Für den „deutschen“ Verband aber war der bisherige Verlauf der Hege ein so jämmerlicher, daß es der Zeitung gewiß nicht nach einer zweiten gelassen wird. Wir haben durch die Aufdeckung der schreienden Missetände im roten Lager die Bedingungen geschaffen, unter denen auch die nun seitens der „deutschen“ eingesezte Haus- und Versammlungsagitation einen kläglichen Ausgang nehmen wird. Unsere Mitglieder müssen die Aufklärungsarbeit weiter betreiben. Wir werden das notwendige Material bieten. Aufgabe unserer Mitglieder ist es, dafür zu sorgen, daß jeder Textilarbeiter über die bankrotten Verhältnisse des „deutschen“ Verbandes unterrichtet ist. Darum muß gerade in dieser Zeit unsererseits die Aufklärungs- und Agitationsarbeit energisch fortgesetzt werden.

## Die christlichen Gewerkschaften und die politischen Vorgänge der jüngsten Zeit

lautete das Thema eines Vortrages, den Generalsekretär Stegerwald am 3. Okt. in einer Vorstand- und Vertrauensmännerkonferenz des Kartells der christlichen Gewerkschaften zu Köln hielt.

Aus Anlaß der Erledigung der Reichsfinanzreform, so führte der Redner aus, hätten die Gegner der christlichen Gewerkschaften eine widerliche Hege gegen diese entfaltet. Man verjuche ferner, den christlichen Arbeitern auf die verwerflichste Art und Weise die Zugehörigkeit zu den bürgerlichen Parteien zu verdeeln und sich selbst, nämlich die sozialdemokratische Partei, als die alleinige und wirkliche Arbeitervertretung hinzustellen. Es sei begreiflich, daß wegen der neuen Steuern Mißstimmung herrsche; aber das rechtfertige nicht die wüste Hege, die von der Sozialdemokratie zur Zeit getrieben werde. Zwar hätten die christlichen Gewerkschaften nicht die Aufgabe, sich mit politischen Fragen zu befassen, aber gegenüber der sozialdemokratischen Agitation, die auch die christlichen Gewerkschaften geradezu mitverantwortlich machen wolle für die neuen Steuern und deren Wirkung, dazu noch gewaltig übertriebe, sei es notwendig, den Dingen näher auf den Grund zu gehen und zu untersuchen, mit welchem Recht sich die Sozialdemokratie in solcher Weise aufspiele.

Redner erläuterte dann in präziser Form die Grundbegriffe der Gewerkschaftsorganisationen. Diese hätten die Aufgabe, die Arbeiterklasse zu einem gleichberechtigten Faktor im Wirtschaftsleben zu machen. Der amerikanische Gewerkschaftsführer Compers habe kürzlich erklärt, daß man in Amerika die nachfolgenden Aufgaben zuerst in die Hand nehme, sich also von sozialistischen Zukunftstropen fernhalte. Das Gleiche sehe man in der englischen Gewerkschaftsbewegung. Dagegen hätten sich die sozialdemokratische und die bürgerlich-demokratische Gewerkschaftsbewegung in Deutschland weitere Ziele gesetzt, indem sie auch auf die politischen Verhältnisse einwirkten wollten und sich dabei auf bestimmte Parteien stützten. Trotzdem auch hinsichtlich der Aufklärungsarbeit in Deutschland weit mehr geschehe wie in England und Amerika, sei der Einfluß der Arbeitererschaft viel geringer wie in England und Amerika. Mit schönen Reden und Artikeln sei es eben nicht getan. Da die sozialdemokratischen Ziele sich in der heutigen Gesellschaft nicht verwirklichen lassen, so müsse es zu scharfen Gegensätzen kommen. Weil die Sozialdemokratie in so scharfem Gegensatz zum heutigen Staatswesen stehe, seien die Regierungen gezwungen, sich auf die anderen Parteien zu stützen, wodurch die Sozialdemokratie politisch einflußlos sei.

Redner geht dann des näheren auf die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften und ihr Verhältnis zu den politischen Parteien ein. Die gestellten Aufgaben ließen sich nur durch möglichst starke Arbeiterorganisationen erfüllen. Aus dem Grunde mühten die Gewerkschaften parteipolitisch neutral sein. Kechnliche Schwierigkeiten, wie zur Zeit, seien schon zweimal vorher überwunden worden, bei der Zollfrage und beim Vereinsgesetz. Sie würden auch jetzt überwunden werden. Bezüglich der Reichsfinanzreform hätten sich die bürgerlichen Parteien gegenseitig nichts vorzuwerfen. Ueber die Notwendigkeit dieser Reform habe in keiner Partei ein Zweifel bestanden. — In interessanter Weise bespricht der Redner dann vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus die Frage der Finanzreform.

Deutschland habe in den letzten 40 Jahren eine große Volksvermehrung zu verzeichnen; es zähle heute über 62 Millionen Einwohner gegenüber 40 Millionen im Jahre 1870. Der jährliche Zuwachs betrage an 900 000 Köpfe. Dadurch sei das deutsche Volk immer mehr auf den Weltmarkt angewiesen worden. Deutschlands Außenhandel betrage zur Zeit über 15 Milliarden Mk. Zum Schutze dieses gewaltigen Handels sei der Ausbau der Flotte notwendig gewesen. Infolge seiner ungunstigen geographischen Lage sei das Deutsche Reich aber auch auf ein starkes Heer angewiesen, wenn es nicht ähnliche Zustände erleben wolle, wie sie in früheren Jahrhunderten zu verzeichnen waren. Durch Störung der Handelsbeziehungen, kriegerische Verwicklungen, Störungen und Unsicherheit im Wirtschaftsleben werde auch die Arbeiterschaft in hohem Maße in Mitleidenhaftigkeit gezogen. Die Mittel zu der notwendigen Machtentfaltung mühten also aufgebracht werden. Es komme dabei natürlich auf einen gerechten Ausgleich der Verteilung der Lasten an. Wenn dabei die Sozialdemokratie aus prinzipiellen Gründen die Mitarbeit verweigere, so gebe sie damit den Einfluß der sozialdemokratischen Arbeiterschaft preis, weil dann die Arbeit von anderen Parteien allein geleistet werde. Was wäre, so fragt Redner, mit einer Auflösung des Reichstages, worauf ja die Sozialdemokratie mit allen Kräften hingearbeitet hat, erzielt worden? Die Finanzreform wäre nur verjuchsen, aber nicht aufgehoben worden. Die Steuern hätten doch gemacht werden müssen. Nur wäre durch diese Verschleppung die Schuldenlast noch um ein Bedeutendes gestiegen, das Wirtschaftsleben hätte infolge der andauernden Unsicherheit nicht gefunden können; den Arbeitern wären zu den

500 Millionen Mark, die sie in der Krise jedes Jahr weniger an Löhnen ausgezahlt erhalten, noch weitere Hunderte Millionen verloren gegangen. Für eine solch unjüdische Politik dankten die christlichen Arbeiter.

Wenn sie lehnten sie die sozialdemokratischen Klassenkampftheorien auf das entschiedenste ab. Damit sei ein Aufstieg der Arbeiterschaft nicht zu erzielen. Die christlichen Gewerkschaften hätten in ihrer zehnjährigen Wirksamkeit auf das schlagendste bewiesen, daß das Christentum kein Hindernis für die aufwärtsstrebende Arbeiterschaft sei. Keine der beiden Kirchengemeinschaften habe den Arbeitern darin Schwierigkeiten bereitet. Der Einfluß der christlichen Gewerkschaften auch auf die öffentliche Meinung sei heute unverkennbar. Im Laufe des letzten Jahrzehnt habe ein förmlicher Umdeklungsprozess in sozialer Beziehung sich vollzogen. Man könne nicht mehr alle Bestrebungen der Arbeiterschaft auf Besserung und Hebung ihrer Lebenslage einfach als sozialdemokratisch abtun, seitdem die christlichen Gewerkschaften auf den Plan traten und sich so günstig entwickelten. Dem Umstande sei auch die Verbreitung des Tarifgebantens mit zu verdanken.

Scharf zu verurteilen sei die sozialdemokratische Taktik, alle Nichtarbeiter, insbesondere aus den höheren Ständen, als Reaktionen zu bezeichnen. Männer, wie Dr. Wiedfeld, der jahrelang die Tarifverhandlungen im Rheinisch-Westfälischen Bauergewerbe leitete, Graf Poladovsky, der sich so große Verdienste um die Fortführung der Sozialpolitik erworben habe, u. a. könne man nicht einfach als Reaktionen abtun. Den Arbeitermassen müsse immer mehr zur Kenntnis und zum Bewußtsein gebracht werden, wie sie seitens der Sozialdemokratie beschönigt werde. Den Massen male man in den schönsten Farben den Zukunftsstaat vor, während die Führer längst nicht mehr daran glauben. Das Parteiprogramm sei längst veraltet, aber vor einer Revision desselben schrecke man zurück wegen der unübersehbaren Folgen, die sie für die Partei nach sich zöge.

Zum Schluß stellt Redner noch die Frage, wie wohl die „freien“ Gewerkschaften auch den Aufstieg der deutschen Arbeiterschaft durchzuführen gedenken. Wie leicht mit Revolution? Oder mit Generalstreik? Beide Mittel hätten bisher da, wo sie angewandt wurden, versagt. Sogar der schwedische Generalstreik sei trotz der besten Vorbereitungen jämmerlich mißglückt. Wie in Italien, Rußland und anderen Ländern werde wohl auch in Schweden die Reaktion noch folgen. Was sei also gewonnen? Nichts. Bei uns in Deutschland würden die nächsten gewerkschaftlichen Kämpfe auch ganz andere Formen annehmen, als bisher. Darum mühten die Arbeiter alles zu vermeiden und daran setzen, sich immer größeren Einfluß zu verschaffen. Auch in der Gesellschaft mühten sie sich immer mehr durchsetzen. Nichts sei falscher, als eine Isolierung der Arbeiterschaft. In begeisternden Worten forderte der Redner zum Schluß die Anwesenden zu eifriger Arbeit für die christlichen Gewerkschaften auf. Durch eine weitere Stärkung der Organisationen werde auch die heutige Situation, die die Gegner zu unserer Vernichtung ausnützen wollten, uns nicht schaden, sondern zu neuen Fortschritten die Bahn frei machen.

## Haushaltungsbudgets.

Die deutsche Literatur enthält eine überaus große Anzahl wissenschaftlicher Bücher und Werke, die sich mit den verschiedenen Seiten der Volkswirtschaft beschäftigen. Vornehmlich sind es die Fragen der Arbeits- und Lohnverhältnisse, der Organisationsbestrebungen und Organisationsformen verschiedener Bevölkerungsklassen, der kommerziellen und technischen Umwälzungen der Arbeitsmethoden, der Sozialgesetzgebung u. a. m.

Diese reiche Literatur war den Emanzipationsbestrebungen der deutschen Arbeiterschaft, den Forderungen der Gewerkschaften um Anerkennung und Gleichberechtigung der Arbeiterklasse, dem Drang nach höherer Wertung der Arbeit eine treue Stütze und unschätzbare Helferin. In wie vielen Schriften bedeutender Gelehrter können wir heute nicht die Berechtigung der Bestrebungen der deutschen Arbeiterschaft nachweisen? In wie vielen Ausprüchen und Lehren hochangesehener Personen können wir nicht dem Herrenmenschen innerhalb der deutschen Arbeitgeberschaft entgegenreten? Wir haben in der sozialpolitischen Literatur eine gute Waffe, die uns hilft, unsere gerechte Sache zu verfechten.

Weit weniger als ihrem großen Werte entspricht, verfügen wir über Aufzeichnungen der Lebensweise innerhalb der verschiedenen Bevölkerungsgruppen, über sogenannte Haushaltungsbudgets. Und doch wäre gerade diese Frage am allerersten geeignet, die Forderungen der Arbeiter um anständigen Lohn am schlagendsten zu rechtfertigen. Wenn uns von Seiten der Arbeitgeber bei allen nur greifbaren Gelegenheiten entgegengehalten wird, der Arbeiter verdiene genug, ja zum Teil weit mehr als er zum Leben notwendig habe, so haben wir alle Veranlassung, anhand statistisch aufgestellter Berechnungen nachzuweisen, daß dem eben nicht so ist. Wenn wir weiter in Betracht ziehen, daß eine Arbeiterfamilie durchschnittlich 50 bis 60% aller Ausgaben auf die zum Leben not-

wichtigen Nahrungsmittel verwenden muß, so müssen wir hier ebenfalls untersuchen, ob die durch das Einkommen bedingten Mengen an Nahrungsmitteln, die die Arbeiter täglich genießen, so reichlich sind, daß sie den Gesetzen der Physiologie entsprechen. Was können theoretische Grundzüge sagen über die Menge und den Gehalt der Nahrungsmittel, die der Arbeiter, um den täglichen Kräfteverbrauch möglichst zu ersetzen, zu sich nehmen soll, wenn zur Erlangung der Nahrung die notwendigen Mittel fehlen? Und nicht nur die Arbeiter selber, sondern auch Staat und Gesellschaft haben ein erhebliches Interesse daran, daß der gesamte Arbeiterstand nicht an chronischer Unterernährung leide. Solch unerträgliche und ungesunde Zustände aufzudecken, sie der Öffentlichkeit unterbreiten, ist Aufgabe der Haushaltungsbücher.

Wir wollen hier keineswegs verkennen, wieviel Schwierigkeiten in der Vornahme statistischer Erhebungen über Einnahmen und Ausgaben der Arbeiterfamilien zu überwinden sind. Einmal ist es die begreifliche Scheu, anderen und somit der Öffentlichkeit einen Einblick in die internen Verhältnisse innerhalb der einzelnen Familie tun zu lassen, dann sind es auch die erheblichen Mühen, verursacht durch die regelmäßigen und genauen Aufzeichnungen über Einnahme und Ausgabe, die manchen abhalten, auf diesem so wichtigen sozialen Gebiet tätig zu sein. Die Gewerkschaften dürfen für sich in Anspruch nehmen, daß sie unendlich viel zur Beseitigung dieser Vorurteile beigetragen haben. Ueber die nützlichsten und ersten Tatsachen, die Lage des arbeitenden Standes zu verbessern, haben sie nie vergessen, ihre Mitglieder dahin zu erziehen, daß falsche Scham vor der Öffentlichkeit nicht helfen kann im Kampfe um ein gutes Recht, und daß weder Arbeit noch Mühe gescheut werden darf, wenn die Arbeiterschaft vorwärts kommen will. In dieser richtigen Erkenntnis der wichtigen Sache haben schon viele Gewerkschaften innerhalb ihres Mitgliederkreises statistische Erhebungen über die Lebensweise gewisser Arbeiterkategorien vorgenommen und auch veröffentlicht und haben dadurch treffend bewiesen, daß die Einnahme aus dem Arbeitslohn in den meisten Fällen bei weitem nicht ausreicht, um die zum Leben notwendigen Lebensmittel zu bestreiten. Von den Gegnern der Gewerkschaften wurde immer wieder versucht, solche Statistiken und Erhebungen als einseitig und zu schwarz gefärbt darzustellen.

Nun hat das Kaiserliche Statistische Amt zu Berlin unter Mithilfe weiterer Kreise der Arbeiter- und Bürgerchaft (vornehmlich der Beamtenklasse) in seinem zweiten Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt 1909 eine Statistik über die Lebenshaltung minderbemittelter Bevölkerungsklassen herausgegeben, die wegen ihrer Reichhaltigkeit alle bisher erschienenen Statistiken weit überragt und einen Einblick in die Lebensverhältnisse weiter Kreise der deutschen Arbeiter- und Bürgerchaft von allen Teilen des deutschen Reiches bietet. Auf Anregung des Kaiserlichen Statistischen Amtes wurde auf der zu Stuttgart 1906 tagenden Konferenz deutscher Städtestatistiker der Grund zu der umfangreichen Erhebung gelegt. An derselben beteiligten sich die Städte:

- Köln, Altona, Barmen, Berlin, Bremen, Breslau, Cassel, Charlottenburg, Chemnitz, Köln, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Elberfeld, Gießen, Frankfurt a. M., Göttingen, Halle, Hamburg, Kiel, Königsberg, Leipzig, Lübeck, Magdeburg, München, Nürnberg, Posen, Schöneberg, Straßburg i. E. und Wilmersdorf.

Als Materialträger fungierten: Kronenläusen, Gewerkschaften (christliche mit 8), Beamtenvereine und sonstige Korporationen. Im ganzen wurden 3933 Haushaltungsbücher herausgegeben. 3575 dieser Bücher waren bearbeitet wieder zurück. Wie bei allen solchen freiwilligen Arbeiten ist der Wille auch vielmal stärker als die dazu nötige Ausdauer, und so finden wir, daß sehr viele, die sich bereit erklärt hatten, die Aufzeichnungen zu machen, bald wieder

umkehrten und nach 1, 2, 3 und 4 Monaten wieder absprangen, d. h. weitere Aufzeichnungen nicht mehr machten. Nur 960 oder rund 27% aller Beteiligten führten das begonnene Werk zu Ende und buchten Einnahme und Ausgabe die ganzen 12 Monate durch. Von diesen 960 Endresultaten konnten nur 852 für die Statistik verwendet werden.

Die Gesamtsumme der Einnahmen aller 852 Haushaltungen beträgt 1.867.652 M., die Gesamtsumme der Ausgaben 1.909.386 M. Mithin ein Fehlbetrag von 35.734 M. Auffällig ist, daß, wenn man die verschiedenen Wohlhabensstufen vergleicht, die Fehlbeträge hauptsächlich in den höheren Stufen auftreten. Zu einem großen Teil sind die Fehlbeträge vermutlich nur scheinbar. Dieser Tatsache liegt auch die weit größere Kreditfähigkeit und Kreditaufnahme der höheren (Beamten) Klasse zugrunde.

Ein häufiger Fall wird schließlich sein, daß geliehene Beträge, Entnahmen aus Sparkastensbüchern, aus sonstigen Kapitalvermögen und aus verkauften Kleibern, Wäbeln usw. vom Haushaltungsvorstand als außerordentliche Einnahmen nicht aufgeführt worden sind. Ein anderer Teil freilich wird der Wirklichkeit entsprechen und berücksichtigt man, wie eng sich im Arbeiterhaushalt die Ausgaben den Einnahmen anschließen, so ist begreiflich, daß jeder unvorhergesehene Einnahmeausfall infolge von Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. die ganze Wirtschaftsführung aus dem Gleichgewicht bringt.

Nimmt man die Durchschnittszahlen der von der Erhebung betroffenen 852 Haushaltungen, so findet sich eine Durchschnittseinnahme von 2192 M. und eine Durchschnittsausgabe von 2234 M., also ein Durchschnittsfehlbetrag von 42 M. Die Durchschnittseinnahme — nach der Gesamtzahl der Familien berechnet — setzt sich wie folgt zusammen:

Einnahmequellen	Fälle	Einnahme Mark
Arbeitsverdienst des Mannes	330	1805,35
Lebendverdienst des Mannes	326	51,10
Einnahmen der Ehefrau	278	60,26
Beitrag der Kinder	112	36,79
Einnahme aus Untervermietung	207	44,07
Sonstige bare Einnahmen	652	174,93

Einnahmen aus Naturalien	Fälle	Einnahme Mark
Aus eigener oder freier Wohnung	40	12,22
Aus Acker- und Gartenland	75	2,94
Aus Kupferhaltung	31	2,46
Aus sonstigen Nutzungen	22	1,96

Die Durchschnittsausgabe verteilt sich nach Hauptgruppen folgendermaßen:

Ausgabe für	Mark	pCt.
Nahrung und Genussmittel	1017,52	45,56
Kleidung, Wäsche, Reinigung	282,44	12,64
Wohnung und Haushalt	401,27	17,96
Heizung und Beleuchtung	90,83	4,07
Sonstiges	441,96	19,78

In der Gesamtheit der Familien entfällt auf den Kopf eine Ausgabe von 481,63 M., die sich wie folgt zusammensetzt: Nahrung 219,36 M., Kleidung 60,89 M., Wohnung 86,51 M., Heizung und Beleuchtung 19,58 M. und Sonstiges 95,29 M.

Das sind Durchschnittszahlen, die uns ein richtiges, maßiges Bild über Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Arbeiterfamilie nicht geben können, sondern uns nur den Beweis liefern, daß der einzelne Arbeiter weit hinter diesen Durchschnittsziffern zurückbleibt. Wo ist die Textilarbeiterfamilie, in welcher der Verdienst des Familienvaters 1800 M. beträgt? Wo ist die Textilarbeiterfamilie, die in der glücklichen Lage ist, jährlich für 1017 M. an Nahrung und Genussmittel ausgeben zu können? Weit eher können wir hier die Frage aufwerfen: wieviel Tausende Textilarbeiterfamilien bestehen noch, in denen der Verdienst des Familienvaters kaum 800 M. oder wenig darüber beträgt?

Sehr interessant sind auch die Aufzeichnungen über die Ausgaben an Nahrungsmittel, Kleidung, Wohnung

und dergl. Wir gehen dabei von der Ansicht aus, daß der Arbeiter, um gesunde, bestmögliche und ausreichende Nahrung zu bekommen, eigentlich pro Kopf dieselben Ausgaben zu machen hätte, wie die Beamtenfamilien. Doch weit gefehlt. Nirgend tritt uns die Einschränkung in dem Verbrauch notwendiger Nahrungsmittel, gesunder Wohnungen und dergl. jeitens der Arbeiter mehr entgegen, als gerade bei einem diesbezüglichen Vergleich. Wir lassen hier einige Durchschnittsziffern folgen:

Kopfszahl der Familie	Ausgabe an Nahrungsmittel	Ausgabe an Wohnung	Über der Beamtenfamilie in %
eine vierköpfige Arbeiterfamilie	905,—	189,63 M.	rund 25%
eine vierköpfige Beamtenfamilie	1105,20	472,16	rund 150%
eine fünfköpfige Arbeiterfamilie	1003,92	213,40	rund 20%
eine fünfköpfige Beamtenfamilie	1209,51	441,36	rund 100%
eine sechsköpfige Arbeiterfamilie	1021,65	221,37	rund 30%
eine sechsköpfige Beamtenfamilie	1329,70	533,81	rund 140%

Wir sehen aus diesem Vergleiche, daß die Beamtenfamilien durchweg bedeutend größere Summen auswerfen und auch auswerfen können an Nahrung und Wohnung als die Arbeiterbevölkerung. Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß die hier in der Statistik aufgeführten Beamten nicht etwa den höheren oder höchsten Klassen angehören, sondern es sind nur untere und mittlere Beamte (Schulpleute, Bureau- und Kassendiener, Feuerwehrleute, Bureauassistenten, Postassistenten, Lehrer und sonstige zum Teil städtische, zum Teil staatliche niedere oder mittlere Beamtenklassen), die in der Statistik inbegriffen sind und die sich im überwiegenden Teil aus den Besoldungsklassen von 1200 bis 2000 Mark bewegen. Nur einige wenige, (die Schullehrer) erreichen ein Gehalt von 3000 Mark und etwas darüber. Die Mehrausgabe der Beamtenfamilien gegenüber den Arbeitern beträgt in Nahrungsmitteln 25 bis 30 Proz., an Wohnungsmiete 100 bis 150 Proz. Nun wird doch wohl niemand behaupten wollen, daß die oben angeführten Beamtenkategorien etwa ein Schlemmerleben führen oder luxuriös wohnen.

Zum Schluß möchten wir noch einige Vergleiche ziehen zwischen einzelnen Städten und Berufsgruppen. Die Einnahmen und Ausgaben differieren zwischen den einzelnen Berufsgruppen und Städten wie folgt:

Beruf	Verdienst	Ausgabe an Nahrung	Ausgabe an Wohnung
Rauher	1.465,71	881,70	238,65
Ober-Postassistent	2.738,76	1.253,54	541,15
in Hamburg (3 Köpfige Familie)			
Goldschmied	1.059,28	715,71	293,34
Kontrollkassier	1.700,—	959,58	406,81
in Nürnberg (3 Köpfige Familie)			
Städt. Arbeiter	1.051,29	817,99	359,16
Städt. Rohw. w.	2.190,—	1.259,27	358,80
in Barmen (4 bzw. 6 Köpfige Familie)			
Schiffheuer	1.590,—	806,37	238,82
Bauarbeiter	1.183,47	630,22	215,31

Das sind nur einige Proben. Sie zeigen uns aber zur Genüge, wie weit es mit der Behauptung her ist, der Arbeiter verdiene genug, um davon menschenwürdig leben zu können, sie beleuchten aufs neue die Phrase von der „nimmerlatten“ Arbeiterfamilie. Diese amtliche Statistik beweist uns auch, daß wir in unseren Bestrebungen um höheren Lohn im Rechte sind. Es wäre traurig und die deutsche Industrie bedenklich, wenn sie nicht imstande wäre, ihre Arbeiter anständig und menschenwürdig zu ernähren. Jeder ernste Volkswirtschaftler und vor allen Dingen der Staat kann und

darf nicht dulden, daß der weitaus größte Prozentatz seiner Bevölkerung anbauend in den notwendigen Lebensmitteln erhebliche Einschränkungen machen muß.

Für uns aber sei diese Statistik ein neuer Ansporn, auf dem betretenen Wege weiter zu arbeiten, in der Sammlung statistischen Materials nicht zu ermüden, dadurch sind wir in der Lage, nachweisen zu können, daß wir mit unseren Bestrebungen auf dem rechten Wege sind. Vor allen Dingen aber möchten wir unseren Kollegen und Kolleginnen zurufen: Führt Haushaltungsbücher!

### Statistik über die Tätigkeit der Gewerbe-gerichte im Jahre 1908.

Nach dem Gewerbegerichtsgesetz können Gewerbegerichte errichtet werden für den Bezirk einer oder mehrerer Gemeinden oder eines weiteren Kommunalverbandes, z. B. Kreis. Auf Antrag der interessierten Arbeiter oder Arbeitgeber kann die Landeszentralbehörde (Regierungspräsident) die Errichtung eines Gewerbegerichtes anordnen, falls die vorgenannten Behörden dieselbe verweigern. Für Gemeinden mit mehr als 20000 Einwohnern muß seit Januar 1902 ein Gewerbegericht errichtet werden. Im Jahre 1908 bestanden in Deutschland nach den spezialisierten Angaben im „Reichsarbeitsblatt“ (Nr. 8) 448 (425) auf Grund des Reichsgesetzes errichtete und 21 (20) auf Grund des Landesgesetzes zur Entscheidung gewerblicher Streitigkeiten berufene Gewerbegerichte. 422 (419) besondere Innungs- und Handwerksgerichte hatten die Aufgabe, gewerbliche Streitigkeiten zwischen den im Handwerk beschäftigten Meistern und Gesellen zu regeln.

Im Verlaufe des Jahres 1908 wurden bei sämtlichen Gerichten insgesamt 112.281 Klagen anhängig gemacht. Gegen das Vorjahr mit 112.543 Klagen bedeutet das eine Verringerung von 262 Klagen.

Diese Klagen waren anhängig gemacht worden von

1907	1908	Ab- oder Zunahme
102.674	106.269	+ 3595
9.472	5.672	- 3800
397	340	- 57

Während also die Klagen der Arbeiter desselben Unternehmens gegeneinander sowohl als auch die des Arbeitgebers gegen Arbeiter eine relativ bedeutende Einschränkung erfahren, ist die Zahl der Klagen, in denen Arbeiter gegen Arbeitgeber klagten, um mehr als 3/4 Tausend gestiegen.

Wie Ende vergangenen Jahres wurden von diesen Klagen erledigt durch

Beruf	1908	1907	Ab- oder Zunahme
Bergleite	47.373	47.595	+ 222
Bergleite	2.940	2.799	- 141
Arbeitsverhältnis	1.651	1.541	- 110
Betriebsmittel	11.356	11.374	+ 18
Andere Endurteile	13.196	18.221	+ 25

Unter „andere Endurteile“ sind solche Urteile zu verstehen, die nach Untersuchung des Falles durch richterlichen Spruch eine Verurteilung des Angeklagten oder Abweisung der Klage ausprechen.

Ein besonderer Vorteil der Gewerbegerichte ist bekanntlich die schnelle Erledigung der Klagen. Bei den gewerblichen Streitigkeiten handelt es sich in der Regel um kleine Summen, die aber für den Arbeiter wegen seiner beschränkten Mittel von großem Werte sind. Es liegt dem Arbeiter deswegen sehr viel daran, daß er möglichst schnell zu seinem Recht kommt. Bei den durch „andere Endurteile“ erledigten Klagen dauerte das Verfahren in

1908	1907	Zu- oder Abnahme	Fällen weniger als eine Woche
5610	5472	+ 138	Fällen 1 bis auschl. 2 Wochen
5410	5428	+ 18	Fällen 2 Wochen bis auschl. 1 Monat
4783	4837	+ 104	Fällen 1 bis auschl. 3 Monate
2194	2167	+ 27	3 Monate und mehr
244	267	+ 23	

### Berufsfragen für die Frauen.

Am vergangenen Sonntag (10. Okt.) tagte in Charlottenburg eine Versammlung, welche sich die Förderung der handwerkemännlichen und handwerklichen Bildung der Frauen zum Ziele gesetzt hatte. Ueber das Resultat der Versammlung ist uns noch nichts bekannt, jedoch wird es für unsere Arbeiterinnen von Interesse sein, zu erfahren, was Kollege Giesbers über diese Bewegung in der Nr. 836 der „S. S.“ vom 3. Oktober schreibt:

„Die Versammlung soll die Gründungsverammlung des Verbandes für handwerkemännliche und handwerkliche Ausbildung der Frauen“ sein. Dem vorbereitenden Ausschuss gehören u. a. an: Professor Franke (Berlin), Prof. Jastrow, Abg. Friedrich Rammann, von bekannten Damen der Frauenbewegung: Maria Sidonowitsch, Alice Salomon u. a. Dem erweiterten Ausschuss gehören an: Prof. Albrecht von der Zentralstelle für Volkshilfe, Abg. Gröger, Abg. Hecker, Abg. Wagnan, Abg. Behnigge, früherer Landtagsabg. Carl Giesbers, Abg. Bopp, Abg. Gehrmann Dr. Rausche, Abg. Heinz Köthgen, Abg. Rosenow, Landtagsabg. Ernst. Von bekannten Damen der Frauenbewegung gehören dem erweiterten Ausschuss an: Helene Simon, Helene Lange, Vorsitzende des allgemeinen deutschen Frauenvereins, Paula Müller, Vorsitzende des Evangelischen Frauenbundes, Dr. Marie Baum, Dr. Elisabeth Altmann u. a.

In dem Antrag zur Gründung des Verbandes wird u. a. hingewiesen auf die steigende Industrialisierung Deutschlands und den schnellen Fortschritt der industriellen Frauenarbeit. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen im Handwerksberufe soll nach der letzten Zählung im Jahre 1907 gegenüber dem Jahre 1895 um 36,59 Proz. gestiegen sein, während die Zahl der erwerbstätigen Männer um 19,85 Proz. stieg. Der größte Zuwachs der Frauenarbeit ist in der Landwirtschaft zu verzeichnen, während die Zahl der in der Industrie arbeitenden Frauen um rund eine halbe Million stieg. Es weist hier die Landwirtschaft in Frage kommt, in die größte Zahl derselben zurückzuführen auf eine stärkere Zählung, dann aber auch auf den Umstand, daß die Landwirtschaft in den letzten Jahren unter hundert Arbeiterinnen gelitten hat und infolgedessen nach in erheblichem Maße Frauen zur Landarbeit herangezogen worden sind.

Im Antrag heißt es dann weiter: Somit sind die Frauen, die sich in der Landwirtschaft betätigen, in erheblichem Maße herangezogen worden, so daß

Lebens der wirtschaftlichen Umwälzung in immer wichtigeren Stufen in die Industrie gedrängt.

Die Zahlen der Berufsstatistik beleuchten daher die beiden großen Wandlungen, die im Wirtschaftsleben des deutschen Volkes vor sich gehen. Sie stellen aber auch die Staatsregierung und alle sozialpolitisch bedachten Kreise vor neue Aufgaben, deren Lösung unverzüglich in Angriff genommen werden muß.

Heute fällt die Frau die Aufgabe der ungeleiteten Arbeiter. Jede handwerkliche Fachbildung und jedes Anstreben in höhere soziale Stufen ist ihr fast völlig verweigert. Man aber haben sozialpolitische Untersuchungen in allen Kulturstaaten ergeben, daß die Förderung der Industrie weitestgehend verbunden ist mit der Förderung der industriellen Arbeiter.

Es ist daher eine allgemeine nationale Pflicht aller, welche wollen, daß die deutsche Industrie auf ihrem Gebiete nicht zurückbleibt, sondern durch eine intellektuell und industriell ganz zu schließlichen Masse die handwerkemännliche, langjährige Ausbildung der Frauen unbedingt notwendig in Angriff zu nehmen.

Die ganz vereinzelten Beispiele, welche man mit der handwerkemännlichen Ausbildung der Frauen gemacht hat, haben vorzüglich die Aufgabe ergeben. Die Berufsbildung der Frauen würde 1. Handwert und Industrie höher entwickeln, 2. die Frauen in der Industrie zu beschäftigen, 3. den industriellen Frauen in der Produktion mehr tun; 4. den industriellen Frauen in der Produktion mehr tun; 5. den industriellen Frauen in der Produktion mehr tun; 6. den industriellen Frauen in der Produktion mehr tun; 7. den industriellen Frauen in der Produktion mehr tun; 8. den industriellen Frauen in der Produktion mehr tun; 9. den industriellen Frauen in der Produktion mehr tun; 10. den industriellen Frauen in der Produktion mehr tun.

Es scheint hieraus, daß der Verband im weitestgehenden das Handwerk der Frauenberufen eröffnen will. Dies geht aus aus dem Satzungsentwurf hervor, die als Mittel zum Zweck festzulegen bestimmen: Der Verband hat seinen Zweck zu erreichen 1. durch Propaganda für die Idee; 2. durch Wirken auf Abheben von Schwereitungen mit weiblichen Lehrlingen, auf Zulassung der Frauen zu den Gesellen- und Meisterprüfungen; 3. durch Entzerrung der Zulassung der Mädchen zu den Fachschulen für Frauen; 4. durch Schaffung von Ausbildungsstellen neben der Berufsbildung; 5. durch Verbesserung des Fortbildungszweckes für Mädchen.

Somit zeigt wohl sehr, daß die neue deutsche Frauenbewegung auf allen Gebieten mit außerordentlichem Eifer die Berufsbildung der Frauen fördert. Insbesondere der neu zu gründende Verband zur Lösung dieser Frage in allgemeinen beitragen wird, was abgemacht werden, vorläufig erheben er sich etwas zu spät auf geschäftliche

Verhältnisse zugeschnitten zu sein. In den Großstädten macht sich allerdings das Bedürfnis nach neuen Frauenberufen am allerlebhaftesten geltend, und die Großstädte mit ihrer vielfältigen Betätigungsmöglichkeit sind am allerersten auch geeignet, Berufe in der genannten Richtung durchzuführen.

Wie sich aus dem oben zitierten Abschnitt aus dem Statut ergibt, werden an dieser neuen Bewegung nicht bloß die Frauen, sondern auch die Männer, besonders das Handwerk, lebhaft interessiert sein. Sollte es wirklich das Ziel sein, das Handwerk in seiner Allgemeinheit den Frauen zu eröffnen? Dann würde die Bewegung über ihre Ziele hinausgehen. Denn man kann heute wohl ruhig sagen, daß wohl 90 Proz. der bestehenden Handwerke für den Frauenberuf nicht geeignet erscheinen. Daß gelegentlich eine Frau ein Handwerk erlernt und in demselben es zu einer gewissen Fähigkeit, vielleicht sogar zur Selbstständigkeit bringt, kann nicht als Beweis gelten, daß nun das Handwerk allgemein für die Frauenberufe geeignet ist. Ueber diesen Punkt wird man in Berlin Klarheit schaffen müssen. Von einer bestimmten Abgrenzung der in Aussicht zu nehmenden Berufe wird die Ausführungsmöglichkeit der genannten Bestrebungen wesentlich abhängen. Um so mehr, als die Gruppe derjenigen Frauen, welche geeignet sind für die handwerkemännliche Ausbildung, immerhin erheblich beschränkt ist. In der Regel wird das Bedürfnis nach handwerkemännlicher Ausbildung in den jüngeren Jahren nicht auftreten. In den Industrien, wo weibliche Arbeit an und für sich gang und gäbe ist, gehen die jungen Mädchen von vornherein in die Fabrik. Der größte Prozentatz der Frauen ist schon in jüngeren Jahren. Diejenigen, welche länger in den Fabriken tätig sind, z. B. in der Textilindustrie, Tabakindustrie usw. haben in späteren Jahren meist annehmbare Stellen, abgesehen von etwaigen gesundheitlichen Umständen, die in ungerader Tätigkeit nicht liegen. Spinnmaschinen, Klopferinnen, Spulmaschinen und Weberinnen haben meist in der Textilindustrie, wenn sie längere Zeit darin tätig sind, nahezu die gleichen Löhne, wie die männlichen Kollegen der gleichartigen Arbeit. Für diese Kreise kann höchstens in Frage kommen eine bessere Ausbildung in der Form der Fortbildungsschulen und was für die jüngeren Arbeiterinnen noch notwendiger erscheint, eine bessere Vorbereitung für ihre handwerkemännliche Tätigkeit, zu der fast 90 Proz. der Fabrikarbeiterinnen naturgemäß herangezogen sind.

Schwieriger gestaltet sich die Frage in den Kleinstädten, wo die jungen Mädchen aus irgend

welchen Gründen nicht der Fabrikarbeit zugeführt werden. Es sind dies die Töchter unserer kleinen Beamten und des Mittelstandes. Hier ist die Aussicht auf spätere Verheiratung schon merklich reduziert, da die Erziehung und Umgebung, in der sie aufwachsen, ihre Ansprüche naturgemäß steigen lassen für diese Kreise könnte die sachgemäße Ausbildung in Frage kommen; ich fürchte aber, daß in den jungen Jahren, wo die Handwerklehre begonnen werden soll, sich die wenigsten dazu verstehen werden, als Schreiner-, Buchbinder-, Bäcker- oder Metzgerlehrling einzutreten. Die meisten haben in diesen Jahren ganz andere Hoffnungen und Pläne. Auch hier wird in der Regel, selbst wenn Beschäftigung gesucht wird, in den meisten Fällen mit einer Verheiratung gerechnet. Die Berufsfrage wird hier erst brennend, wenn sich das Letztere nicht verwirklicht, und darum kommt für diese Frauen der Eintritt in eine berufsmäßige Tätigkeit durchweg für das Handwerk zu spät. Immerhin hat sich in neuerer Zeit auch für diese Kreise eine erhöhte Berufsmöglichkeit ergeben, besonders das kaufmännische Gewerbe in seinen verschiedenen Abzweigungen hat der Frauenarbeit dankbare Stellen verschafft.

Allerdings hat sich auch hier der Umstand herausgebildet, daß die mangelhafte Vorbildung die Frauenarbeit entwertet. Es wäre also hier die Möglichkeit gegeben, eine bessere systematische Ausbildung auch in jüngeren Jahren anzubahnen, zumal sich einer solchen Tätigkeit die Töchter unserer Beamten und des Mittelstandes eher widmen werden.

Weitere Gebiete, auf denen eine bessere Ausbildung der Frauen erlernenswert ist, sind alle jene Berufe, die heute schon durchweg von Frauen ausgeübt werden. Wir nennen hier die Schneiderei, Wäschereier, Putzmacherei, Bekleidungsindustrie usw. Die Kernfrage aber ist und bleibt: Ist das Handwerk in seiner Allgemeinheit überhaupt geeignet, den Frauen eine ihren Kräften und ihrer weiblichen Eigenart angepaßte Berufstätigkeit zu eröffnen? Das wird man in den meisten Fällen verneinen müssen. Damit soll den wohlgemeinten Bestrebungen der Gründer des genannten Verbandes nicht entgegengetreten werden, wie überhaupt der Zweck dieser Zeilen lediglich sein soll, auf die Neugründung aufmerksam zu machen. Sowohl unsere Frauenvereinigungen wie auch das Handwerk werden zu der Frage Stellung nehmen müssen. Diese Stellungnahme darf nicht von vornherein eine ablehnende sein, sondern die ganze Frage verdient, ernsthaft untersucht und geprüft zu werden.

Wir sagten schon vorhin, daß es sich bei den gewerblichen Streitigkeiten selbst meist um kleinere Summen handelte. Das geht aus nachfolgenden Zahlen hervor, wonach in 48 584 (51 616) Fällen der Wert des Streitgegenstandes bis einschließl. 20 M. betrug. 20 bis 50 M. betrug der Wert in 34 616 (32 444) und von 50 bis 100 M. in 16 954 (15 522) Streitfällen. Nur bei 8574 (8551) Klagen ging der Wert des Streitobjektes über 100 M. hinaus.

Bei allen Streitgegenständen, deren Wert bis zu 100 M. beträgt, entscheidet der Spruch des Gewerbegerichts endgültig, d. h. eine Berufung dagegen kann weder vom Kläger noch vom Angeklagten eingelegt werden. Damit sind weitläufige Prozesse, für deren Führung der Arbeiter in der Regel weder Geld noch Zeit hat, zum größten Teil ausgeschlossen. Nur wenn der Streitgegenstand mehr als 100 M. Wert hat, ist eine Berufung zulässig. Trotzdem also im vergangenen Jahre in 8754 Klagen eine Berufung zulässig gewesen wäre, ist eine solche aber nur in 587 (527) Fällen eingelegt worden. Man kann das auch als ein Zeichen des Vertrauens blicken, das die G. bei den Unternehmern sowohl als auch bei den Arbeitern genießt.

Die Gebühren, die beim Gewerbegericht erhoben werden, betragen bei einem Streitgegenstand bis 50 M. nur 1,50 M., von 50 bis 100 M. nur 3 M. und steigen dann um je 3 M. für jede weitere 100 M. bis höchstens 30 M. Schreibgebühren werden nicht erhoben.

Das Gewerbegericht hat neben seiner Aufgabe als Gericht auch die Verpflichtung, bei Streitigkeiten zwischen mindestens einem Unternehmer und mehreren Arbeitern als Einigungsamt zu fungieren. Sobald in solchen Fällen das Gewerbegericht von einer der streitenden Parteien als Einigungsamt angerufen ist, muß der Vorsitzende die Parteien vorladen. Dieser Vorladung muß Folge geleistet werden; jedoch besteht ein Verhandlungszwang nicht. Im vergangenen Jahre wurde das G. von beiden Seiten 181 (180) mal, von den Unternehmern allein 6 (9) mal und seitens der Arbeiter in 134 (150) Fällen angerufen. Zusammen also in 321 (339) Fällen. Dabei kam in 151 (135) Fällen eine Vereinbarung, in 35 (52) Fällen ein Schiedsspruch zustande und nur in 76 (78) Fällen kam es wieder zu einem Schiedsspruch noch zu einer Vereinbarung. Die von den G. gefällten Schiedssprüche haben keine gesetzliche Wirkung, die Unterwerfung ist also eine freiwillige. Bei den 35 durch Schiedsspruch erledigten Anrufungen unterwarfen sich beide Teile in 26 (40) Fällen; in 6 (7) Fällen nur der Unternehmer und in 3 (2) Fällen nur die Arbeiter, so daß im vergangenen Jahre kein Fall — gegen 3 im Vorjahre — zu verzeichnen war, wo sich keiner von beiden Teilen dem Schiedsspruch unterworfen hatte.

Außerdem befragt der § 75 des Gesetzes die einzelnen G., Gutachten über gewerbliche Fragen zu erstatten. Jedoch kann das nur auf Verlangen der Behörden geschehen, d. h. das Gewerbegericht kann nicht beanspruchen, über bestimmte Fragen gehört zu werden. Dagegen kann dasselbe Anträge in gewerblichen Fragen an Behörden, an Vertretungen von Kommunalverbänden und die gesetzgebenden Körperschaften der Bundesstaaten und des Reiches richten. Solcher Gutachten wurden im vergangenen Jahre nur 33 erstattet gegen 25 im vorhergehenden Jahre. Ein Klein wenig ist's also besser geworden im Berichtsjahre. Auch die Steigerung der gestellten Anträge von 6 im Jahre 1907 auf 48 im vergangenen Jahre ist freudig zu begrüßen.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreistellungen.

Hannover-Verden.

Der Ausstand bei der Firma Neuberg u. Co. ist nach ca. elfwöchentlicher Dauer unter nachstehenden Bedingungen beigelegt worden:

- 1) Die Firma verpflichtet sich, sofort 75—80 Arbeiter und Arbeiterinnen von den nicht seitens der Firma Befähigten einzustellen; 30 bis 35 Arbeiter und Arbeiterinnen von den Befähigten und Nichtbefähigten innerhalb spätestens 14 Tage einzustellen. Hierbei sind möglichst die Familienernährer zu berücksichtigen.
Mittig müssen innerhalb 14 Tage 110 Leute eingestellt werden.
2) Die Firma verpflichtet sich, wenn die Konjunktur es gestattet, die neu einzustellenden Arbeiter und Arbeiterinnen innerhalb sechs Monate der alten Arbeiterschaft zu entnehmen.
3) Bevor eine Verlängerung der Arbeitszeit innerhalb sechs Monaten vorgenommen wird, soll diese mit den Arbeitervertretern vereinbart werden. Es ist dann zu überlegen ob nicht zunächst die noch ausstehenden Arbeiter einzustellen sind. Die Arbeit ist am 11. Oktober wieder aufgenommen worden.

Aus dem Wuppertale.

Die Differenzen in der Seidenbandindustrie scheinen nun doch noch einen ernstern Kampf heraufbeschwören zu sollen. Wie bereits in der vorigen Nummer gemeldet wurde, ist der von den Fabrikanten einseitig aufgestellte Tarif, der gegenüber den bisher geltenden Lohnsätzen zum Teil bedeutende Lohnkürzungen enthält, von der Arbeiterschaft einmütig abgelehnt worden. Dieses wurde dem Vorstande des „Vereins von Seidenfabrikanten im bergischen Industriebezirk“ mitgeteilt und gleichzeitig die Bereitwilligkeit der Gehilfenkommission zu baldigen Verhandlungen ausgedrückt. Der frühere Vorsitzende der Tarifkommission, Gauleiter August Steinbrink vom „deutschen“ Textilarbeiterverbande war aus der Kommission ausgeschieden, weil die Fabrikanten jede Verhandlung ablehnten, solange Steinbrink der Kommission angehört. Somit war jetzt die Bahn zu Verhandlungen frei. Da jedoch bis Mittwoch, den 29. September noch keine Antwort seitens der Fabrikantenvereinigung eingelaufen, wurde den Belegschaften von vier Betrieben die Erlaubnis zur Einreichung der Kündigung gegeben, die auch am 1. und 2. Oktober ausgesprochen wurde. Als nun am Donnerstag, den 29. September die Arbeiter der vier Betriebe durch Laufzettel zu Fabrikbesprechungen eingeladen wurden, in denen zu den Lohnfreistellungen endgültig Stellung genommen werden sollte, sahen sich die Fabrikanten veranlaßt, die Lohnkommission der Gehilfen zu einer Verhandlung auf den 1. Oktober einladen zu lassen. Diese Verhandlung verlief vollständig reifungslos,

weil die Vertreter der Fabrikantenvereinigung die bedingungslose Zurücknahme der ausgesprochenen Kündigungen verlangten, ohne sich verpflichten zu wollen, die alten Lohnsätze bis zum Abschluß der Verhandlungen weiter zu zahlen. Eine längere Aussprache vor dem Prüfungsausschuß des Arbeitgeberverbandes, welche am 6. Oktober stattfand, zeitigte dasselbe Ergebnis.

Daraufhin erließ die Fabrikantenvereinigung eine Bekanntmachung, in welcher mit der Schließung sämtlicher Betriebe gedroht wurde, falls die Kündigung in den vier Betrieben nicht zurückgezogen würde. Letzteres ist nicht geschehen, weil die Fabrikanten sich strikte weigerten, während der Verhandlungsdauer die bisherigen Tarifsätze zu zahlen, vielmehr ausdrücklich erklärten, ihren einmal gefaßten Beschluß: „Einführung des neuen Lohnsatzes ab 9. Oktober“ unbedingt durchzuführen.

Am Samstag, den 9. Oktober sind nun die Arbeiter der Firma W. Wagner in Ronsdorf, deren Kündigungszeit an diesem Tage abgelaufen war, in den Ausstand getreten. Ebenso haben die Belegschaften der Firmen S. Hüthenhoff, Quambusch S. N. und Rierhaus u. Cie in Warmen am 9. Oktober einmütig die Arbeit niedergelegt. Am 15. läuft nun die Kündigungszeit in den anderen drei Betrieben ab, so daß bis zum Erscheinen dieser Zeitung der Ausstand schon einen beträchtlichen Umfang angenommen haben wird. — Ob bis dahin eine Verhandlung herbeigeführt wird, erscheint sehr fraglich.

Aus unserm Bezirke.

Bezirk Warmen.

Unsere diesjährige ordentliche Bezirkskonferenz, welche am 26. September im Reichshof zu Elberfeld tagte, hatte sich eines guten Besuches zu erfreuen. Die Ortsgruppen West, Siegburg und Haan hatten keine Delegierte entsandt. Als Vertreter des Zentralvorstandes konnte der Kollege Lenjing aus Bocholt von unserem Bezirksleiter begrüßt werden.

Im Geschäftsbericht mußte leider ein Mitgliederrückgang konstatiert werden, hervorgerufen durch die scharfe Krise, die Beitragserhöhung und durch die Passivität einiger Vertrauensleute. Trotz des Mitgliederrückganges steigerten sich die Einnahmen von Quartal zu Quartal, jedoch im IV. Quartal des Berichtsjahres die Einnahmen um 1372 M. höher waren als im ersten Quartal. Etwa 9 1/2 Tausend M. sind den Ortsgruppen an Unterstufungen wieder zugeflossen. — Trotz des schlechten Geschäftsganges konnten noch eine Anzahl Lohnbewegungen mit Erfolg für die Mitglieder abgeschlossen werden. — Aus den Berichten der Delegierten ging hervor, daß die Krise doch zum größten Teil überwunden zu sein scheint und deshalb auch eine wirksamere Agitation betrieben werden kann. Der Heranbildung eines tüchtigen Stammes opferwilliger Vertrauensleute muß seitens der Ortsgruppenleitungen viel mehr Beachtung geschenkt werden, damit die Fluktuation möglichst eingedämmt wird.

Vollständig wirkungslos ist die Forderung des roten Verbandes aus Anlaß der „Steuerefform“ verlaufen, aus einigen Gruppen konnten sogar noch Hebertritte vom „deutschen“ zu unserem Verbande gemeldet werden.

In der Nachmittags Sitzung berichtete Kollege Hamacher eingehend über die Tätigkeit der Branchenkommissionen, während Kollege Blantzenagel ein wirkungsvolles Referat über Agitation hielt. Die anschließende Diskussion war eine sehr lebhaft. Die erfolgreiche Tätigkeit der schon bestehenden Branchenkommissionen wurde allseitig anerkannt und gewünscht, daß für möglichst alle Branchen eines abgeschlossenen Industriebezirkes solche Kommissionen eingerichtet werden möchten. Die Kollegen aus dem Wuppertale und dessen Umgebung wunschten dringend, daß der Bezirksleiter seinen Sitz nach Warmen verlegen möchte, wenn dieses ohne Schädigung unserer Verbandskasse möglich ist. Die Aggertaler Kollegen wollen das allerdings nicht zugeben. Die Angelegenheit soll dem Zentralvorstande unterbreitet werden. — Mehr Aufmerksamkeit soll der Agitation in den konfessionellen Arbeiter- und Junglingsvereinen geschenkt werden.

Kollege Bollmann hielt einen begeisterten Vortrag über die Ideale der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Nachdem noch einige Anträge erledigt und der bisherige Bezirksleiter wiedergewählt worden war, konnte die sehr anregend verlaufene Konferenz mit den üblichen Dankesworten an die Referenten und den Vertreter des Zentralvorstandes und einem begeistert aufgenommenen Hoch auf unsere christlich-nationale Arbeiterbewegung von unserem Bezirksleiter geschlossen werden.

Bezirk W.-Glabbach.

Die diesjährige Bezirkskonferenz fand am 26. September in W.-Glabbach statt. Vertreten waren 25 Ortsgruppen und 34 Stellen mit 4500 Mitgliedern. Als Vertreter des Zentralvorstandes nahm der Kollege Camps-Münster an den Verhandlungen teil.

Aus dem Geschäftsberichte, den der Bezirksvorsitzende Hermes erstattete, sei bemerkt, daß im Laufe des Berichtsjahres eine Abnahme an Mitgliedern zu verzeichnen war. Die Gründe hierfür sind teils in der Krise, teils in der Beitragserhöhung zu suchen. Alle Anzeichen deuten aber auf eine Besserung hin. Die im Bezirke tätigen Angestellten besuchten zusammen 146 Mitglieder- und 34 öffentliche Versammlungen. In Fabrikversammlungen nahmen sie 382 mal teil. Neben den Versammlungen besuchten sie 97 mal Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen, ferner 94 Sitzungen mit Arbeiterausschüssen und 258 sonstige Konferenzen und Besprechungen.

Die Gesamteinnahme des Bezirkes bezifferte sich auf 76 099,55 M. Davon blieben 34,7% mit 26 401 M. in den Ortsgruppen. Hiervon wurden 17 535,52 M. an Unterstufungen ausgezahlt. Es entfielen:

Table with 2 columns: Item and Amount. 1) Auf Krankenunterstützung 14 009,47 M., 2) Arbeitslosenunterstützung 514,30, 3) Haftregelungsunterstützung 981,20, 4) Reiseunterstützung 46,72, 5) Sterbegeld 1 385,—, 6) Rechtschutz 59,05, 7) Streikunterstützung 578,10, 8) Sonstiges 3,68. Summa: 17 535,52 M.

Neben diesem konnten auch durch Bewegungen noch in zahlreichen Fällen Lohnverbesserungen erzielt resp. Verschlechterungen abgewehrt werden.

Bewegungen auf Lohnverbesserung waren 12 zu verzeichnen, davon endeten zwei mit vollem und zehn mit teilweisem Erfolge. Diejenigen Bewegungen, die auf eine Abwehr von Lohnreduzierungen gerichtet waren, waren zahlreicher. In ganzen waren hiervon 18 zu verzeichnen. Auch hier war in ansehnlicher Zahl der Erfolg befriedigend. Dreimal endeten sie mit einem vollen und zwölfmal mit einem teilweisen Erfolge für die Arbeiter.

Zur Vereinfachung von Mißständen wurde viermal mit Erfolg für die Arbeiter eingetreten. Streiks kamen drei vor, und zwar bei der Firma B. Brunen einen teilweisen, bei Hören u. Heinrichs und Acker u. Gels. Letzterer war ein sogenannter wilder Streik. In allen Fällen wurde für die Arbeiter etwas erreicht. Infolge dieser Bewegungen waren die Angelegten zwecks Verhandlungen 158 mal in Anspruch genommen.

Nach einigen anschließenden Bemerkungen wurde die Wahl des Bezirksvorsitzenden getätigt. Sie ergab die Wiederwahl des Kollegen Hermes. Darauf folgte ein kurzer Vortrag des Kollegen Genßen über „die Neuerungen unseres Unterstufungswesens“. Dann referierte der Kollege Mittelind über „Stattfind.“ Der Kollege Herzhoff kennzeichnete: „Unsere Stellung den Gegnern gegenüber.“ Im Anschluß an diesen Vortrag fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die heutige Konferenz des II. Bezirkes vom Zentralverbande christlicher Textilarbeiter Deutschlands spricht ihre Enttäuschung über das arbeiterschädigende Treiben des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes in letzter Zeit aus. Besonders verurteilt sie entschieden die Verleumdungen, welche seitens des sozialdemokratischen Verbandes über unsern Verband und seinem Vorsitzenden in die Öffentlichkeit gebracht worden sind.“

Durch eine solche Handlungsweise ist es fast zur Unmöglichkeit geworden, bei Bewegungen gemeinsam die Interessen der Arbeiter zu vertreten und erachtet die Konferenz es für notwendig, daß unsere Verbandsleitung mal ernstlich überlegt, ob noch ein gemeinsames Arbeiten von Fall zu Fall möglich ist.

Ferner erklärt die Konferenz, daß sie nach wie vor den gewählten Führern vertraue und gewillt ist, diese nach Kräften zu stützen und zur Stärkung des Verbandes beizutragen.“

Nachdem der Vorsitzende noch mitgeteilt, welche Aufgaben in nächster Zeit bevorstehen und der Kollege Kampfs seine Verabschiedung über den Verlauf der Verhandlungen ausgesprochen, wurde die Konferenz mit dem Wunsche geschlossen, daß das nächste Jahr sich zu einem segensreichen für den Verband und seine Mitglieder gestalten möge.

Bezirk Krefeld.

Auf unserer Bezirkskonferenz, welche am 26. September in Krefeld stattfand, waren alle Ortsgruppen, mit Ausnahme von Leuth, Dillkrath, Woers, Hüheln und Worf, vertreten. Der Bezirksvorsitzende eröffnete die Sitzung gegen 7 1/3 Uhr und hieß die Delegierten willkommen. Dann wurde das Bureau gewählt. Gewählt wurden die Kollegen Marquardt, Friedr. Pech, Jeyoum und Jentges. Nachdem die Anwesenden sich zu Ehren der verstorbenen Mitglieder von ihren Sigen erhoben hatten, wurde in die Tagesordnung eingetreten. Der erste Punkt lautete Geschäftsbericht. Aus diesem ging hervor, daß seit der letzten Konferenz 14 Bewegungen, teils sehr erster Natur, stattfanden. In einigen Fällen mußten die Rechte der Arbeiter durch Streiks erkämpft werden. Das Versammlungsleben war sehr reger. Es fanden im ganzen 486 Versammlungen statt. Diese 486 Sitzungen resp. Versammlungen waren besucht vom Bezirks- oder einem Lokalbeamten. Außerdem war der Bezirksvorsitzende noch an 50 Tagen außerhalb unseres Bezirkes tätig. Der Geschäftsbericht, der die Tätigkeit der beiden Lokalbeamten nicht mit umfaßte, wurde beifällig aufgenommen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, „Unterstützungswesen“, hielt Kollege Marquardt ein instruktives Referat. Daran anschließend hielt Kollege Friedr. Pech einen Vortrag über die Notwendigkeit einer genaueren Statistik.

In einer ausgiebigen Diskussion wurden die Vorzüge der Unterstufungen sowie auch die Notwendigkeit einer Statistik anerkannt. Kollege Jentmann, welcher im Auftrage des Zentralvorstandes der Konferenz beizuhilfen, kennzeichnete das Treiben des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes und sprach die Delegierten an, überall für die Ausbreitung der christlichen Organisationen zu wirken.

Bezgl. unseres alten Bezirksstellenbestandes, der seit längerer Zeit für eine besondere Unterstufung in Sterbefällen verwandt wird, wurde folgendes beschlossen:

Mitglieder, welche verheiratet sind und dem Verbands nach dem 1. Januar 1910 erst beitreten, erhalten aus der alten Kasse ein Sterbegeld von 20 M. erst dann, wenn sie dem Verbands fünf Jahre angehört haben.“

Damit war die Tagesordnung erschöpft und schloß der Bezirksvorsitzende mit einem kurzen Schlusswort gegen 7 Uhr die Bezirkskonferenz.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Dahlhausen (Wupper). Unsere am 3. Oktober stattgefundene Mitgliederversammlung hatte sich eines guten Besuches zu erfreuen. Bezüglich des jeinerzeit verabschiedeten Familienfestes wurde beschlossen, dasselbe fallen zu lassen. Sodann gab der Vorsitzende den Bericht von der in Elberfeld stattgefundenen Bezirkskonferenz. Hierauf sprach in 1 1/2 stündigem Vortrag Kollege Eifentich-Düffel über das Thema: „Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Wuppertal-Industriebezirk“. Mit großem Interesse folgten die Anwesenden den trefflichen Ausführungen des Referenten, der es verstand, in wohlverständlicher Weise ein anschauliches Bild von den dortigen Verhältnissen zu entwerfen. Zur Hege der Genossen legte Redner noch einmal den wahren Grund derselben dar, dabei seine Freude kundgebend, daß in dieser Gegend von der wilden, verwegenen Jagd nichts zu spüren sei. Zum Schluß forderte Redner die Kollegen auf, mehr als bisher für die Organisation und deren Ausbreitung tätig zu sein, damit auch hier mit deren Hilfe die Verhältnisse gebessert würden. Reicher Beifall lohnte seine Ausführungen. Nachdem der Re-

ferent in der Diskussion noch einiges richtig gestellt und der Vorsitzende die Kollegen ermahnt hatte, die Besammlungen immer so gut zu besuchen, fand dieselbe ihren Abschluß.

Greiz. Das Unterstufungswesen wird jetzt nicht mehr vom Kollegen Beer, sondern vom Kollegen Kümmele, Weberstraße 30 III, besorgt. Alle Kranken- und Arbeitslosenfälle z. sind sofort anzumelden; am besten täglich von 12—1 Uhr und abends von 8—8 Uhr. Die Auszahlung der Unterstufung erfolgt Sonnabends von 5—7 und Sonntags von 11—12 Uhr.

Schaag. Die Arbeitslosen-Unterstützung wird vom 1. November ab vom Kollegen Heinrich Reinders geführt. Die Arbeitslosen haben sich von dem Zeitpunkt an bei diesem Kollegen zu melden, nicht mehr wie bisher beim Kassierer.

Schiffel. In unserer Mitgliederversammlung vom 6. Okt. erstattete der Kassierer Kleiser den Kassenbericht vom dritten Quartal. Ihm wurde Entlastung erteilt. Hervorgehoben werden muß, daß im genannten Zeitraum 400 M. den Mitgliedern an Unterstufung wieder zugute kam. Im Anschluß hieran wurde auf die Notwendigkeit einer gründlichen Agitation hingewiesen. Die Flugblätter unseres Verbandes wurden zu diesem Zwecke empfohlen. Vom Bezirkskartell der christlichen Gewerkschaften Hamburgs und Umgebung werden in der Zeit vom 2. bis 23. Oktober vier Vorträge hier gehalten. Die Mitglieder müssen sich rege daran beteiligen. Demnächst soll eine Hausagitation stattfinden. Es erfolgte dann die Wahl eines Agitationskomitees. Gewählt wurden die Kollegen A. Kleiser, G. Wolowki, J. Schröder, R. Frieber, Sacher, A. Holzbach, St. Ruschal, G. Schmit und die Kolleginnen A. Theimer und D. Appel. Nachdem Kleiser über seine Tätigkeit als Vorstandsmitglied der hiesigen Fabrikklasse berichtet hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Wittich. Am 19. September hielt unsere Ortsgruppe eine Versammlung, verbunden mit Stiftungsfest ab. Zunächst erstattete der Kassierer Kollege Gustav Timmermanns Rechnungsablage des 2. Quartals. Die Referenten erklärten, Kasse und Bücher in bester Ordnung befunden zu haben und wurde hierauf dem Kassierer Entlastung erteilt. Hierauf erhielt Kollege Marquardt das Wort zu einem Referat über die derzeitige gewerkschaftliche Lage. Der Präses des kath. Arbeitervereins, Herr Michels, legte den Erschienenen den hohen Wert des imigen Zusammenwirkens der christlichen Gewerkschaften mit den katholischen Arbeitervereinen dar. Nachdem der Kassierer noch den Tag und die Zeit in Bezug der Abholung des Krankengeldes bekannt gemacht, wurde eine Gratiusverlosung abgehalten. — Möge dieser Abend dazu beigetragen haben, unsere Ortsgruppe nach innen und außen zu befestigen.

Aus unserer Industrie.

Vom internationalen Baumwollmarkt.

Am 5. Oktober cr. tagte in Frankfurt a. M. eine Sitzung der „Internationalen Vereinigung der Baumwollindustrie“. Der Vereinigung sind fast nur Spinnereien angeschlossen. Als wichtigsten Beratungsgegenstand verhandelte man über eine allgemeine internationale Preisbeschränkung für die Baumwollspinnereien, die mit Rücksicht auf die herrschende Ueberproduktion einerseits und andererseits durch die Knappheit im Rohmaterial sowie durch die außergewöhnlich hohen Preise derselben notwendig erschiene. Der Sitzung lag eine zum 1. September cr. ausgewommene Statistik über den internationalen Baumwollverbrauch und die Lagerbestände vor, die einigermaßen Klarheit über die Zustände am Baumwollmarkt brachte. Es wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Das Komitee des internationalen Verbandes der Baumwollindustrien hat an Hand der seitens der einzelnen Delegierten erstatteten Geschäftsberichte und einer vom Vortragsführer, Boston, Mass., eingegangenen Zuschrift die schwierige Lage der Baumwollindustrie sowohl in Hinsicht auf die ungenügende Preisspannung zwischen Rohmaterial und Endprodukt, als auch auf die Baumwollversorgung eines eingehenden Studiums unterzogen. Aus sämtlichen vorliegenden Berichten ergibt sich, daß trotz der ziemlich allgemein durchgeführten Preisbeschränkung der Geschäftsgang in sämtlichen zur Vereinigung gehörenden Ländern und in Amerika ein unbefriedigender ist. Die sieben veröffentlichten Lager- und Verbrauchsstatistiken, an der sich die Besitzer von 95% der amerikanischen Baumwolle verarbeitenden Spinnereien beteiligt haben, zeigt, daß aus der abgelaufenen Saison derartige sichtbare und unsichtbare Baumwollvorräte erübrigen, daß unter Berücksichtigung der günstigen Ausichten für die ostindische und ägyptische Baumwollernte die Gesamtversorgung für den Bedarf der Spinnereien nicht genügen wird, wenn die amerikanische Ernte nur einen mäßigen Ertrag liefert. In Ansehung der enormen Preissteigerung ist das Komitee jedoch einstimmig zu der Ansicht gelangt, daß es dem Interesse nicht nur der Baumwollindustrie, sondern auch der großen Konsumentenkreise direkt zuwiderlaufen würde, wenn von der jetzt fast allgemein durchgeführten Preisbeschränkung Abstand genommen werden sollte. Das Ausmaß der sich für die Industrie und dem Konsum durch die Preissteigerung ergebenden Mehrbelastung läßt sich ermessen, wenn man bedenkt, daß die seit sechs Monaten eingetretene Erhöhung der Baumwollpreise auf den Ernteertrag umgerechnet eine Summe von mehr als 1000 Millionen ergibt, wovon ungefähr 60% oder 600 Millionen die europäische Industrie und deren Konsumenten belasten, während der Rest von den amerikanischen Industriellen und dem dortigen Konsum zu tragen ist. Hierbei ist noch nicht in Berücksichtigung gezogen, daß auch die Preise aller übrigen Baumwollsorten der Preissteigerung der amerikanischen Baumwolle folgen und es vollständig in der Macht der Baumwollindustriellen liegt, durch einheitliches Vorgehen nicht nur diese Belastung zu vermeiden, sondern die eigenen Geschäftsverhältnisse zu verbessern. So richtet das Komitee die dringende Aufforderung an die Industriellen der dem internationalen Verbands angeschlossenen Länder, die bisher durchgeführten Preisbeschränkungen zum mindesten fortzusetzen, wenn irgend möglich auch zu verhärfen.“

Den deutschen Spinnereien wird der Beschluß mit Rücksicht auf den am 1. Jan. kommenden Jahres durchzuführenden Beschlusstag für Arbeiterinnen

sehr willkommen sein. Man sieht hieraus aber, was von dem Geschick gewisser Unternehmer über eine gewaltige Schädigung der Baumwollindustrie durch das genannte Gesetz zu halten ist.

Das Baumwolljahr 1908/09.

Die Baumwollkampagne 1908/09 schloß am 31. August; die statistischen Ausweise der vorigen Woche umfassen demnach insgesamt bereits das ganze Baumwolljahr und geben ein vollständiges Bild für 1908/09, das durch die letzten Tage nur noch un- erheblich modifiziert werden kann.

Der Ertrag des Jahres 1908/09 übertraf demnach selbst das Resultat von 1906/07 und 1904/05, Jahre, die bisher als Rekordjahre figurieren. Trotz der überaus reichen Ernte, die über jene des vorher- gegangenen Jahres um mehr als zwei Millionen Ballen hinausging, war die Preisbildung fast während des ganzen Jahres 1908/09 aufwärts gerichtet.

Unter dem Eindruck der vorjährigen günstigen Ernteaussichten verzichteten die Baumwollmärkte im Sommer 1908 in flauer Tendenz und die niedrigste Notierung der effektiven Ware im Verlaufe von 1907/08 (9,50 Cents) war Ende August zu verzeichnen.

Die Spinnerbezüge in 1908/09 waren demnach trotz der vielfachen Betriebseinschränkungen größer als selbst im Hochkonjunkturjahr 1906/07, eine Wirkung der fast gestiegenen Spindelzahl. Nur in England hat der in 1907/08 begonnene Rückgang in den Spinnereientnahmen — allerdings nur in geringen Maße — sich fortgesetzt.

Table with 3 columns: Location (in Amerika, auf dem Kontinent, in England), 1908/09, 1907/08, 1906/07. Values range from 5.37 to 13.22.

Die Spinnerbezüge in 1908/09 waren demnach trotz der vielfachen Betriebseinschränkungen größer als selbst im Hochkonjunkturjahr 1906/07, eine Wirkung der fast gestiegenen Spindelzahl.

Gewerkschaftliches.

Aus unseren Verbänden.

Arbeiter und Student. In extremer Weise beginnt sich im letzten Jahrzehnt das Übergewicht seiner Pflicht gegenüber den Arbeiterfragen zu betonen. Die nichtsozialdemokratische Arbeiterbewegung, die auf dem Boden der heutigen Staats-Gesellschafts- ordnung die Hebung der Arbeiterlage erreichen will, hat in bürgerlichen Kreisen Hoffnungen geweckt und dadurch einen Umsturz der Anschauungen in sozialen Dingen und eine positive Mitarbeit dieser Kreise ermöglicht.

Ihr habt die großen Organisationen eurer Gewerkschaften, Arbeiter und Knappenvereine. An jedem Orte findet sich eine Zelle oder ein Zweigverein, an jedem Orte ein oder mehrere Studenten. Da liegt die Arbeit für die in den Ferien oft brach- liegende junge Kraft. Trete einmal mit dem Verein in Mitarbeit an sie heran. Hier und da werdet

Ihr auf Widerstand stoßen, bei der Mehrzahl aber freudiger Zustimmung begegnen. Ihr werdet sie leicht bewegen können, in euren Verammlungen dann und wann zu erscheinen, wo sie aus eurem Munde die Interessen des Arbeiterstandes kennen lernen können, gründlicher als aus Büchern; nehmt sie einmal mit in den sozialen oder apologetischen Unterrichtskursus, wo sie in der Diskussion manchen Gedanken anregen können; oder laßt sie an Vorkanfs- und Vertrauensmännere- sungen teilnehmen, wo ihnen erst die Zahl all der Sorgen und Mühen einer Organisation klar wird.

Wären es nicht auch eine Erleichterung für den Ge- werkschafts- und Arbeitersekretär, wenn er während der akademischen Ferien einen Teil seiner Geschäfte auf die Schultern eines hilfsbereiten Juristen abwälzen könnte? Oder die Vereins- bibliothek bedarf einer Neuordnung, Katalo- gisierung, Ergänzung. Könnte da nicht ein Philologe seine Kenntnisse praktisch zu Nutzen bringen? Weiter, es soll im Theaterklub ein Stück aufgeführt werden; ein begabter Student würde die Auswahl und Erklärung oder die Leitung oder eine Rolle übernehmen. Mit geringen Mitteln wäre es möglich, vielleicht einen ganzen Volksbildungsabend mit Hilfe der studierenden Freunde zu arrangieren (wie dies schon mit gutem Erfolg in verschiedenen Städten geschehen ist), bei dem mit Geschmack ausge- suchte Gedichte, kurze Bühnenstücke, Höre u. a. zum Vortrag kämen. Der Verein hat Sport- abteilungen, er macht Ausflüge; da laßt sie mitleiden. In Konsumvereinen fanden sie dank- bare Beschäftigung etwa als zweite Schriftführer.

Der christliche Schütz- und Federarbeiter- verband hielt am 27. und 28. Sept. in Köln seine 5. Generalversammlung ab. Nach dem Tätigkeits- bericht des Vorstandes zählt der Verband jetzt etwa 4200 Mitglieder. Waren in einigen Bezirken geringe Mitgliederverluste zu verzeichnen, so sind diese durch Zuwachs in anderen Bezirken wieder wettgemacht worden. Mit dem Verband der Felleidungsbranche der Schweiz wurde 1907 ein Kartellvertrag ab- geschlossen. Ein ähnlicher Vertrag soll mit dem Bruderverband in Oesterreich getätigt werden. Trotz der Krise ist die Zahl der Lohnbewegungen mit 54 ebenso zahlreich gewesen wie in der Vorjahres- periode, die in die Zeit der Hochkonjunktur fiel. Die Lohnbewegungen, an denen 2095 Mitglieder teil- nahmen, fielen mit wenigen Ausnahmen zu- gunsten des Verbandes aus. Es wurden Lohn- erhöhungen bis zu vier Mark pro Woche erzielt, sowie teilweise erhebliche Arbeitszeitverkürzungen; ferner noch besondere Zuschläge für Ueberarbeiten und Montagearbeiten. In 17 Fällen kam es zum Abschluß von Tarifverträgen.

Die Klassenverhältnisse sind als zufriedenstellend zu bezeichnen. Die Gesamtentnahmen in der zwei- jährigen Berichtsperiode betrugen 161.210,06 Mk.; die Ausgaben 149.305,49 Mk., wovon fast die Hälfte, 73.310,58 Mk. auf die verschiedenen Unterstützungs- arten entfällt. Der größte Teil, nämlich über 52.000 Mk., wurde für Streikunterstützung ausgegeben. Das Barvermögen beträgt insgesamt 38.123,03 Mk. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt. In der folgenden Aussprache wurden von den Rednern ins- besondere die Erfahrungen, die man bei der Agitation und den Lohnbewegungen gemacht, angezählt. Dabei wurden manche praktische Hinweise über die ver- schiedenen Agitationsmethoden gegeben, wobei nament- lich auf die Erfolge der Hausagitation hingewiesen wurde.

Die Unterstützungsanträge werden nach den Vor- schlägen einer Kommission, welcher sie zur Vor- bereitung überwiesen waren, wie folgt erledigt: Kranken- und Arbeitslosenunterstützung werden erhöht, die Reiseunterstützung in gleicher Höhe wie die Reiseunterstützung bezahlt und die Unzugangsunter- stützung auf 25,30 und 35 Mk. erhöht. Neu ein- geführt wurde eine Wöchnerinnen-Unterstützung in Höhe von 6 Mk. Eine Erhöhung der Beiträge wurde nicht vorgenommen, dagegen die Erhebung von zwei Extrabeträgen von je 25 Fig. beschlossen. Das Ver- bandsorgan soll auch fernerhin alle 14 Tage erscheinen. Die Aufgaben des Verbandesauschusses wurden näher festgelegt und demselben größere Befugnisse eingeräumt. In den Zentralvorstand wurden als 1. Vorsitzender Kienerer, als 2. Vorsitzender Arbeitersekretär Guit- hardt und als Verbandssekretär der bisherige Vor- sitzende Kollege Raier gewählt.

Aus gegnerischen Organisationen.

Ein nahezu ungläubliches Vorkommnis wird aus Sittigkeit gemeldet. Die konjektive „Deutsche Reichspost“ berichtet: In der letzten Woche lag in Stuttgart in ihrem Zimmer eine arme kranke Witwe ganz allein. Eine Diakonissa und der zuständige Geistliche besuchten sie täglich. Das war aber dem sozialdemokratischen Hausbesitzer gegenüber; er kündigte der kranken Frau sofort die Wohnung mit der Be- gründung, er habe keine Diakonissa und keine Pfarrer in seinem Hause! Man möchte versucht sein, an ein Mißverständnis zu glauben, so brutal ist die hier geschilderte Ausgrenzung sozialdemokratischer Diakonissen unter der Maske: Religion ist Privatange-

Was der „Genossen“ Presse nicht alles passieren kann, zeigt folgendes amüsante Vor- kommnis. Der letzte und letzte in Leipzig hat be- kanntlich den Brautweinspott beschlossen — unter begeisteter Zustimmung, berichtete die Genossenpresse. Zur Durchführung dieses Beschlusses hat der sozialdemokratische Parteivorstand einen

Aufruf in der sozialdemokratischen Presse erlassen. Die „Düsseldorfer Volkszeitung“ bringt diesen Auf- ruf in Nummer 225 am Kopfe des Blattes. Im Inzeratenteil derselben Nummer bringt sie jedoch eine Empfehlung von Spirituosen zur Selbstbereitung von Brautwein. Wir stellen Auf- ruf und Inzerat gegenüber:

Aufruf! Parteigenossen! Der Parteitag zu Leipzig hat unter einstimmiger begeister- ter Zustimmung beschlossen, den Brautweinspott zu verhängen. Wir wollen da- durch nach zwei Seiten wirken. Es soll dem die Gesundheit und geistige Leistungsfähigkeit auf das schwerste schädigenden Auf- gehalt getan werden...

Inferat. Die Brautweinspott- nazi, deshalb verlor man sich vorher jedenfalls noch mit billigem Spiritus zur Selbstbereitung von Cognac, Rum, Wodka, Brannt- wein usw. für den Privat- gebrauch bleibt nach dem Ge- setze reiner Spiritus bis zu 10 Liter bezw. entsprechend soviel daraus angefertigte Getränke von der dann ein- tretenden Nachsteuerung befreit, so daß jede Privat- person größeren Vorrat im Hause halten darf, ohne denselben nachsteuern zu brauchen. Man lasse also die Gelegenheit nicht unaus- genützt vorübergehen und warte nicht bis zum 1. Oktober...

Ist das nicht amüsant? Im Textteil wird dem Schnaps der Krieg erklärt und im Inzeratenteil derselben Nummer wird den Lesern der Einkauf von Spirituosen empfohlen, damit sie den „die Gesundheit und geistige Leistungsfähigkeit auf das schwerste schädigenden“ Jufel billig in Massen zubereiten und ihn so in Mengen konsumieren können. Wie figura zeigt, pfeifen die Genossenblätter auf Parteitage- beschlässe, wenn dabei ein Geschäftchen gemacht werden kann, selbst wenn es auf Kosten der Gesundheit und geistigen Leistungsfähigkeit des Arbeiters geschieht. Vom Profit raucht der Schnapsstein.

Aus Arbeitgeberkreisen.

Keine Lohnreduktion, aber auch keine Lohn- erhöhung. Bekanntlich hat die vor einigen Monaten erfolgte Revision bezw. Erhöhung des amerikanischen Zolltarifes für einige Zweige der deutschen Industrie die Ausführbarkeit nach Amerika nicht un- bedeutend erschwert. Namentlich kommt hier das Kleintextil- und Textilgewerbe in Betracht, von letzterem namentlich die Wirkindustrie des Erzgebirges. Jüngst trat nun der Bund der Industriellen zu einer Sitzung zusammen, um über die Lage in den genannten Gewerben zu beraten und um nach Mitteln zu suchen, die die Lage erleichtern könnten. Wie es leider fast immer der Fall ist, daß Unternehmer an die Ver- schneidung der Arbeiterlöhne denken, wenn sie für ihre Produkte leichtere Absatzmöglichkeiten suchen, so auch hier. Um dem erhöhten amerikanischen Tarife wirksam zu begegnen, „müßten die Westebugungs- kosten auf Grund der bei uns noch vor- handenen billigen Lebenshaltung wesent- lich geringer bleiben. Es erweise sich die Ent- schließung aller beteiligten Kreise in Deutschland, die Erzeugungskosten weber direkt noch indirekt zu er- höhen, als die beste Abwehr der amerikanischen Ein- fuhrerzweigungen. Diese Entscheidung müsse nicht nur bei der deutschen Regierung und beim Reichstag, sondern auch bei den deutschen Arbeitern Platz greifen.“

Der Rede Sinn ist klar — die Arbeiter sollen die Rede zahlen. Inzwischen ist dem Bunde die Veröffentlichung doch leid geworden. In einer Zu- schrift an das „Berliner Tageblatt“ widerspricht der Syndikus des Bundes, daß an eine Herabsetzung der Löhne gedacht werde. Es heißt in dem Schreiben:

Es entspricht nicht dem Sinne der Veröffentlichung, wenn daraus die Folgerung gezogen wird, die Wirtungen des amerikanischen Zolltarifes sollten durch Lohnherab- setzungen ausgeglichen werden. Sie enthält vielmehr nur eine „erste Rahmung“ an Regierung, Reichstag und Arbeiter, der Industrie nicht noch mehr neue Lasten aufzuerlegen. Zu neuen Lasten würde aber eine Er- höhung der Löhne, die von den Arbeitern in un- verkäuflicher Weise erzwungen würde, zu rechnen sein. An Herabsetzung der Löhne ist gar nicht gedacht worden. Im übrigen haben die Amerikaner die Einfuhrzölle für Textilwaren nicht etwa erhöht, damit in Deutschland höhere Löhne in der Textilindustrie gezahlt würden, denn die Erhöhung der Zölle hat, ganz objektiv genommen, un- geteilt die Löhne, die deutschen Löhne noch mehr zu drücken, als es leider infolge der hohen Schutzzölle bis- her schon der Fall war.“

Diese neueste Veröffentlichung ist keineswegs ge- eignet, auf die Arbeiter beruhigend zu wirken. Die erste Rahmung an Regierung, Reichstag und Ar- beiter ist wohl nur ein Wind mit dem Jaunpfehl inbezug auf die soziale Gesetzgebung. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterkraft wird es aber zu beherzigen haben, daß sich die Arbeitgeber auf Kosten der Arbeiterlöhne insulieren. Sie hat getoß volles Verständnis für die Lage der Industrie, aber sie hält ein Sparen an den Arbeiterlöhnen für das ungeeignetste Mittel, Schwierigkeiten zu überwinden, wie sie speziell durch die amerikanische Zollrevision geschaffen sind. U. E. werden die betroffenen Industrie- zweige durch eine Verbesserung ihrer Produkte und vielleicht durch das Auffuchen neuer Absatzfelder — letzteres ist ja gewiß schwierig — den Schaden aus- geglichen können. Dazu ist aber auch eine gut ent- lohnte Arbeiterkraft vorhanden. — Unsere Mit- glieder sehen, was in Textilunternehmerkreisen für Absichten in Übung sind. Mögen sie die Lehren daraus ziehen.

Aus der ausländischen Arbeiterbewegung.

Es geht voran in Italien. In Trarbate fand letzte Woche ein christlich-sozialer Kongreß statt, an dem über 10.000 Personen, meistens Arbeiter, teil- nahmen. Der Kongreß beschloß nach Anhörung mehrerer Referate, die Organisation auf christlich- sozialer Grundlage im Gebiet von Mailand und Varese noch intensiver als bisher zu betreiben und schloß auf die Organisation auch auf die politische Vertretung der christlichen Arbeiterkraft bedacht zu sein. Auf dem Kongreß wurde davon Mitteilung gemacht, daß sich ein oberitalienischer Verband christ- licher Textilarbeiter gebildet habe, der sich dem vorigen Jahr gebildeten italienischen Verbände christ- licher Textilarbeiter anschließen. Der Tag in Trarbate schloß mit der Jahnefeier der neugegründeten „Liga des Lavoro“ und einem Anzuge, an dem sich alle Kongreßteilnehmer beteiligten.

Der italienische Verband christlicher Textilarbeiter, der durch die Gründung der Arbeiterinnenorganisation so guten Zuwachs erhalten hat, hat sich auch der internationalen Vereinigung christlicher Textilarbeiter-

organisationen als Mitglied angemeldet. Der im nächsten Jahre stattfindende internl. Kongreß wird über die Aufnahme zu entscheiden haben.

Allgemeine Rundschau.

Agones.

Eine gesetzliche Regelung des Prämien- systems, das nach vielfach in Fabriken üblich ist, verlangt der Gewerkschaftsbeamte für den Bezirk Lothringen in dem jüngst erschienenen Jahresbericht für 1908. Der Beamte will nicht verkennen, daß das Prämienystem dort, wo es den Zweck verfolgt, ein pünktliches Einhalten der Arbeitszeit in solchen — meist kontinuierlichen — Anlagen herbeizuführen, in denen auf einen geordneten und unsicheren Be- trieb besonderer Wert gelegt werden muß und dementsprechend die Prämien an den Lohnungstagen mit ausbezahlt werden, berechtigt sei. In einzelnen Betrieben würden jedoch die Prämien erst am Ende des Jahres ausbezahlt und hier hätten sie haupt- sächlich nur den einen Zweck, die Arbeiter an das Werk zu binden, obwohl für deren Bestehen meist andere Gründe angegeben würden. Derartige Prämien kämen meist in solchen Betrieben vor, in denen die Löhne niedrig seien. Da die Arbeiter, die innerhalb eines Jahres ausstiehen, auf die oft erheblichen Prämien keinen Anspruch hätten und demnach im Laufe des Jahres schwer kündigen könnten, so würden sie in ihrem Kündigungsrecht entgegen den Bestimmungen des § 122 G.D. einseitig gekündigt. Durch diese Prämien hätten außerdem die Arbeit- geber ein Mittel in der Hand, die Arbeiter mit weit höheren Strafen zu belegen, als ihnen nach § 134 b Abs. 2 G.D. zustehe. Der Beamte macht nach dieser Richtung hin folgende Angaben:

Zu einem Gütenwert wurde festgestellt, daß die verhängten Geldstrafen teilweise das gesetzliche Höchst- maß überschritten. Einem Hochofenarbeiter z. B. wurden für drei aufeinanderfolgende Fehlstage je 5 Mk. in Abzug gebracht, und da er gleichzeitig die Monatsprämie von 16 Mk. einbüßte, so hatte er für diese drei Fehlstage außer dem verlorenen Lohn noch einen Verlust von 31 Mk. Bemerkte sei, daß auf Veranlassung des Gewerbeaufsichtsbeamten der zuviel abgezogene Betrag für die direkte Geldstrafe dem Arbeiter wieder zurückbezahlt wurde.

Noch weit empfindlicher als in diesem Falle werde die Strafe in den Fabriken mit Jahresprämie, wenn diese den Arbeitern wegen irgendwelchen strafbaren Verhaltens ebenfalls in Abzug gebracht werde. Das Prämienwesen könne demnach vielfach zu Unbilligkeiten gegenüber den Arbeitern ausgenutzt werden. Zu diesem Zwecke wünscht der lothringische Beamte eine gesetzliche Regelung des Prämienystems. Und zwar wäre es nach ihm zur Ausübung einer besseren Kontrolle und um gegen etwaige Auswüchse vorgehen zu können, jedenfalls angezeigt, den § 134 b G.D. dahin zu ergänzen, daß in der Arbeitsordnung auch über die etwaigen Prämien die erforderlichen Bestimmungen getroffen werden müssen, über die Art und Höhe derselben, die Art ihrer Festsetzung, die Zeit der Auszahlung, über den Zweck, den sie verfolgen und über die Verwirklichung derselben. Es sei diese Forderung um so berechtigter, als die Prämien oft als ein Teil der Arbeitslöhne angesehen werden müßten. In dem Wunsch einer gesetzlichen Regelung des Prämienwesens teilen sich mit dem Beamten auch die Arbeiter, wie das wiederholt auch z. B. in Publikationen und Eingaben des christlichen Metallarbeiterverbandes zum Ausdruck gekommen ist.

Verammlungskalender.

- Wachen. 17. Oktober, 10 1/2 Uhr, im Lokale Franzen, Kleinmarchierstraße 19, Vorkanfs- und Vertrauens- männerkongreß.
Altenberg. 17. Oktober, 11 1/2 Uhr, bei Hubert Brandt, Darmen.
Barmen. 16. Oktober, 8 1/2 Uhr, im Lokale „Zur neuen Post“, Winterstr. 26.
Görlitz. 17. Okt., 11 Uhr, bei Hermann Underheggen, Burgwaldstr. 17.
Görlitz. 17. Oktober, 11 Uhr, bei Käthe, Generalversammlung.
Görlitz. 16. Oktober, 8 1/2 Uhr, im evangelischen Be- reichshaus, Sprestr. 12.
Erfeld. 16. Oktober, 8 1/2 Uhr, bei Herkental, Klostergäßchen.
Erfeld. 17. Oktober, 4 Uhr, bei Nade, Generalversamm- lung, Eusebius-Wirtshaus.
Erfeld. 17. Oktober, 6 Uhr, bei Müller, Fischeln.
Görlitz. 21. Oktober, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus (Zimmer 7), Vorstandssitzung.
Görlitz-Dahl. 17. Oktober, 1/2 Uhr, bei Wilsch, Gottschalk- Str. 24.
Görlitz. 17. Oktober, 11 Uhr, bei David Arz.
Köln. 17. Oktober, 11 Uhr, bei Peter Willems, Langenberg (Reuß).
Köln. 17. Oktober, 3 1/2 Uhr, im Gasthof „Zum Dirsch“, Alf. Geißler.
Köln. 17. Oktober, 6 Uhr, bei P. Bürger, Krefelderstr.
Köln. 17. Oktober, 1/2 Uhr, bei Wm. Fischer, Döbergshausen.
Köln. 17. Okt., 8 Uhr, bei K. Dismann, Rheind.
Köln. 17. Oktober, 11 1/2 Uhr, bei Arnold Göttingen, Waalstr.
Köln. 17. Oktober, 6 Uhr, bei Hubert Meyer, Generalversammlung.
Köln (Stadl.). 16. Oktober, 1/2 Uhr, im Lokale „Zur Krone“, am Markt.
Köln. 19. Oktober, 1/2 Uhr, Beginn des Unterrichts- kursus bei Vonnendort.

Literarisches.

Arbeiter und Presse v. Rich. Gasseiger. Soziale Bücherei 14. Büchlein. Buchhandlung des Verbandes süddeutscher katholischer Arbeitervereine Preis M. 0.50. Das ist der Mann der Praxis — so mußte man beim Lesen des Büchleins Zeile für Zeile denken. Nicht bloß den praktischen Redakteur, sondern den Redakteur eines vorzüglichen Arbeiterblattes konnte man aus jedem Abschnitt, jedem Satz heraus er- kennen. Die historische Entwicklung wird in dem Büchlein nur kurz, aber wirklich interessant mit den hauptsächlichsten Phasen abgetan, während die Technik der Zeitung für manchen Uneingeweihten viel Neues bietet. Die prinzipielle Auffassung der Zeitung als Produkt wie auch als Mittel der Kultur hebt über das gewöhnliche Zeitungsmenschenhum hinaus und gibt so eine treffliche Parie, um von hier aus die Welt des Arbeiters und die der Presse in Be- ziehungen zu setzen. Diese vier Kapitel bilden einen Mittelpunkt des Büchleins und wir möchten wünschen, jeder lesende, schreibende oder in der sozialen Be- wegung stehende Arbeiter möchte diese grundlegenden goldenen Merkmale lesen und wiederholt lesen, um die Presse sich und seiner Sache zu Nutzen zu machen. Möchte es kein Arbeiter veräumen, um das wertige Geld sich das kostbare Büchlein anzuschaffen; er wird anders denken von der Presse, von seiner Presse, von sich und seiner Presse und die Arbeiterbewegung wird ihren großen Nutzen davon haben. Dr. Sch-